

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Berlin, 20. August 1922.

Zum 9. Verbandstag in Magdeburg

Welten stürzen, Welten steigen fern im Weltall. /
Bunt der Reigen der Gewalten, die, der Menschen
Machterkennen fordernd, / stetig neuen Weg bereiten. / Im
Getriebe dieser Erde stürzt das Alte. / Neues strebt aus
Trümmern des Gewesenen jung hervor, / wollend eine
Macht zu werden. / Gleich im Wollen, gleich im Streben,
ringen wir, Proletarier der Arbeit, / uns empor zu hohem
Ziele, jeden Schritt mühsam erkämpfend. / Durch Wort
und Tat, / so zeugen wir im Kleinen mit eigener Kraft
und doch vereint im Wollen. / Das Große bringt ein
Ganzes erst zustande, zu dem wir stehen in festgeschlossener
Reihe. / Die Einigkeit ist Macht. / Mit uns im Bund
sind dreimalhunderttausend, die an der Zukunft Weltgebäude
bauen, / mit uns sind alle, die im Siegetrauen des
Unverstandes Ketten von sich streifen, / und alle wollen
Menschen, Brüder sein, / nicht Sklaven ihrer Arbeit,
Diener feilen Goldes. / Nein! Kämpfer, Freiheitskämpfer,
ewig Treue, / die keine Kette zwingt in harte Front! /
Drum schmiedet Waffen, blank und scharf, / Gesandte ihr
der Dreimalhunderttausend, damit gewappnet steht der Arbeit
Kämpferheer, wenn es zu schlagen gilt den Feind der freien
Arbeit! / Schärft die Erkenntnis denen, die in Trägheit
stumpf zur Seite stehen, wo andre kämpfen, / daß sie die
Reihen schließen, die in einem Willen, / in Einheit stark
zum letzten Kampfe schreiten / und Sieg der freien Arbeit,
allen Freiheit bringen!

W. Dulac.



Magdeburg ist diesmal das Ziel unserer Delegierten. Wieder sind wir versammelt, um die Gesetze des Verbandes neu zu gestalten. Einfließen standen 400 zusammen in treuer Solidarität: 1896, also vor 28 Jahren. Der Verbandsstag in Berlin 1900 gab die ersten Grundelemente zur Aufwärtsentwicklung des Verbandes. Schwer war das Ringen, Indifferenz, Unterwürfigkeit, Angst, Liebedienerei der meisten Kollegen, Unzuldsamkeit, brutale Gewalt und Maßregelungsneigung von Vorgesetzten und Behörden. Wer diese Zeit als bewußter Gewerkschaftskämpfer mitgemacht, den erschrecken nicht die heutigen Zeiten. 1906 erfolgt breite Fundamentierung des Verbandes mit der Erwerbslosenunterstützung. Taktik und Organisationsformen werden auf Jahre festgelegt. Die folgenden drei Verbandstage dienen der Befestigung, leider auch innerem Streit über die Vorstandsentscheidungen. Nürnberg 1919 schafft völlig neue Verhältnisse. Der Tarifvertrag in seinen Grundzügen wird als Lohnbasis anerkannt. Der nächste Verbandsstag soll den Einheitswillen zu weiterem Aufstieg bekunden.

Unsere Delegierten sollen über den Ausbau des Verbandes beraten. Wir haben keine Fernsicht. Unser Wissen und Können ist mehr denn je menschlich Stückwerk. Wohl blieb der Glaube an den Sozialismus unerschütterter trotz aller Enttäuschungen in den Millionen Herzen der international gefühlten Arbeiterschaft, aber der Weg zum Ziel ist schwer zu finden: die einen drängen vorwärts, ohne die Gegenmächte zu beachten, die andern wollen ruhig überlegend arbeiten am Wirken zur Befreiung der Menschheit. Beide müssen in Eintracht zusammen wirken. Schon zeigen sich Symptome der Wiederverständigung. Die Not der Zeit erfordert schnelle Verständigung.

Wir brauchen Kämpfer und Führer. Der Sache der Arbeiter erwächst schwerer Schaden durch gegenseitiges Mißtrauen! Ohne Vertrauen keine große Leistung und ohne Anerkennung kann der stärkste Idealismus nicht zum gemeinsamen Wohle arbeiten.

Wir wollen die wachere Kleinarbeit nicht unterschätzen. Sie ist das Fundament, auf dem die Organisation gebaut ist. Die Tüchtigkeit der Funktionäre und Betriebsräte muß getragen sein vom Vertrauen aller Kollegen. Denn sie bestimmen den Geist und die Kampfkraft unserer Mitglieder. Aber auch das schwere Ringen unserer führenden Kräfte in den Ortsverwaltungen und den Säulen am Verhandlungstisch müssen wir richtig einschätzen: es ist wahrlich Mühe und Arbeit genug. Es verdient Dank! Wir wollen auch den verwaltungstechnischen, theoretischen und richtunggebenden Aufgaben der Zentrale den gebührenden Platz sichern.

Der Kampf um unsere Rechte geht fort. Sozialrechte sind in unserem Manteltarif verankert. Sie müssen weiter ausgebaut werden. Materielle Rechte und Forderungen sind unter der Ungunst der Verhältnisse schwer genug zu erobern. Die Lennerung läßt sich nicht aufhalten. Der ausländische Kapitalismus benten uns aus. Der ausländische schafft mit dem Versailler Friedensvertrag die Vorbedingungen, der inländische benützt sie skrupellos zur Eigendbereicherung. Höher denn je steigt die Profitrate in den Privatindustrien und der Ansturm gegen die Gemeinwirtschaft, der wir dienen, ist nicht gering. Die schlechten Finanzen von Staat und Gemeinde — Folgen des verlorenen Krieges und des Friedensvertrages — sollen zur Begründung dienen, um den Achtstundentag wieder abzubauen. Wehe, wenn wir nicht einig wären! Wehe, wenn unsere Organisation nicht auf der Linie des geringsten Widerstandes den Kampf aufnehmen könnte, der dauernd zu führen ist. Kluge Taktik ist vonnöten. Nicht allein unsere Finanzen und der Wille der Mitglieder entscheiden, sondern auch der Wille der Verwaltungen und andere Gegenfaktoren. Aber auch der Wille der Gesamtarbeiterschaft. Ohne sie können wir keine Kämpfe führen.

Unsere Rechtsbasis ist unsicher. Gewiß sind seit den Novembertagen 1918 bessere Gesetze geworden. Wer das leugnet, weiß nicht viel von unseren früheren Kämpfen und Sorgen. Wir haben die Anerkennung der Gewerkschaften und das Koalitionsrecht durchgeseht. Das ist sehr viel, wenn wir's mit dem rechten Geiste erfüllen. Wir können mitwirken im Produktionsprozeß durch richtige Handhabung des Betriebsrätegesetzes. Aber wir fordern mehr: Wir wollen mitbestimmen! Wir wollen den Achtstundentag als Maximalarbeitszeit. Wir wollen für alle schwere, schmutzige, gefährvolle und verantwortliche Arbeit kürzere Arbeitszeit! Das klingt noch den Verwaltungen, ja manchen Arbeitervertretern fremd. Aber es wird zur Wahrheit werden.

Wir sind die Wegbereiter einer neuen Zeit, wo die Lebensfreude Einkehr halten kann, wo Licht und Sonne in jede Wohnung, in jedes Menschenherz kommt. Welch ein weiter Weg aber ist's bis dahin! Nur im rhythmischen gleichen Strebens sind diese Ziele erreichbar. Ihr Delegierten sollt in Magdeburg die volle Verantwortung übernehmen für eine neue Etappe zu unserem Aufstieg. Jeder diene der Gemeinschaft, keiner seiner persönlichen Sache. Verstand und Gefühl müssen einander ergänzen in diesem Bestreben.

Der Menschheit starker Wille überwindet auch die Schwierigkeiten unserer schweren Zeit, wenn in geschlossener Einheit eines klaren Zieles wir stetig alleamt zusammenstehen. a. m. n.

Fünfundzwanzig Jahre unserer Filiale Magdeburg



Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der neunziger Jahre in den industriellen Betrieben, Handel und Gewerbe Magdeburgs weckte auch den Organisations-Gedanken bei den städtischen Arbeitern. Infolge der mifflischen Verhältnisse, unter denen die städtischen Arbeiter Magdeburgs ganz besonders zu leiden hatten (neben geringer Entlohnung lange Arbeitszeit, willkürliche Behandlung durch Vorgesetzte u. a.) wurden auch die städtischen Betriebe agitationsreif. Unterstützt von Freunden der Gewerkschaftsbewegung, wurden die Vorbereitungen zur Gründungsverammlung, welche am 21. August 1897 stattfand, getroffen. Der damalige Sekretär des Verbandes, Bruno Pörsch-Berlin, hatte das Referat übernommen. Eine Filiale mit 35 Mitgliedern, die sich aus Gasarbeitern zusammensetzte, konnte gegründet werden. Die Führung der Filialgeschäfte und der Agitation mußte zunächst Freunden der Arbeiterbewegung übertragen werden, um die städtische Arbeiterschaft vor Schikanen und Maßregelungen zu schützen. Die Polizei war fortan in allen Versammlungen ständiger Gast. Wenn es ihr auch gelungen ist, uns die Arbeit zu erschweren, so hat sie es doch nicht vermocht, die Entwicklung aufzuhalten. Trotz aller Schwierigkeiten konnte die junge Filiale am Schluß des ersten Gründungsjahres etwa 100 Mitglieder zählen. Wie bei den übrigen Gewerkschaften, mußte der Polizei ein Verzeichnis der Mitglieder (bei den Vorstandsmitgliedern sogar unter Angabe der Straße) eingereicht werden. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß im Vorstande von Zeit zu Zeit ein Wechsel eintrat. Trotzdem ging es vorwärts.

Im Jahre 1898 konnten bereits 250 Mitglieder gemustert werden. Fortan stellten sich Kollegen aus den eigenen Reihen in der Filialleitung zur Verfügung. In der Filialgeschichte wird als erster Vorsitzender Kollege Vorchardt, der bald gemäßigter wurde, und als Kassierer der Kollege Otto Förster genannt. Als weitere Funktionäre sind die Kollegen Nieske, Krause, Kiefer, Senft, Heuer, Gräßner, Jäger, Meißner und Reinsch verzeichnet. Neben ihnen hatte sich bereits ein Stab von Vertrauensmännern gebildet, die zum Teil noch heute tätig sind und gute Dienste geleistet haben. In rastloser, treuer Pflichterfüllung, unter Hingabe aller zur Verfügung stehenden freien Zeit, getragen vom gegenseitigen Vertrauen und dem Bewußtsein, daß die Frucht der Arbeit dereinst mal reifen werde, haben die genannten Kollegen es verstanden, unter per-

sönlicher Entbehrung und Anfeindung alle Widerstände und Schwierigkeiten zu überwinden.

Innere und äußere Schwierigkeiten mancherlei Art führten dazu, daß für das Stadtgebilde drei Filialen zur Förderung der Agitation errichtet und nach Erfassung aller Betriebe im Jahre 1903 wieder zu einer Filiale verschmolzen wurden. Mögen unsere jungen Kollegen, die in der Gegenwart die Gewerkschaftsbewegung als eine Selbstverständlichkeit ansehen, zur Ehre der alten Vorkämpfer die Gewerkschaftsbewegung studieren, erst dann wird die Arbeit der Kollegen voll anerkannt werden. Wenn wir die Namen der obenstehenden Kollegen wiedergeben, so nicht etwa aus dem Grunde, weil sie getan haben, was ihre Pflicht war, nicht etwa, weil sie es wagten, in einer ernsten Zeit, die mit der heutigen nicht verglichen werden kann, an der Spitze einer Organisation zu stehen, sondern weil wir die alten Vorkämpfer in 25jähriger rastloser Pflichterfüllung zum Teil heute noch in mühevoller Arbeit an der Spitze unserer Filiale finden.

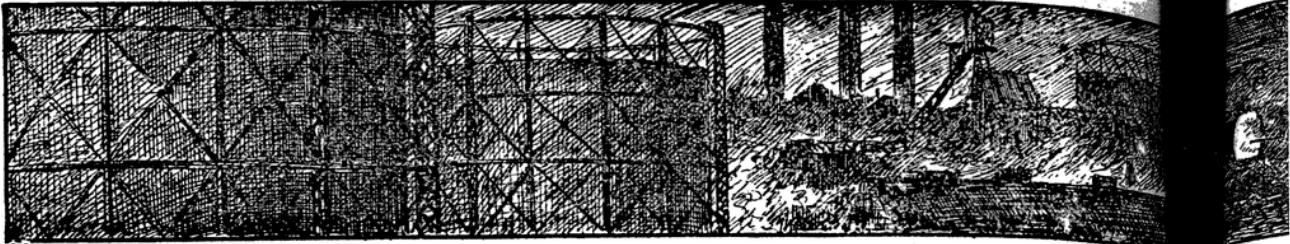
Inzwischen wurde nach 10jährigem Kampf im Jahre 1912 der Achtstundentag für die technischen Betriebe eingeführt.

Die alten erprobten Funktionäre blieben auch auf ihrem Posten, als während des Krieges Gau- und Ortsbureau von Angestellten entböhrt wurden. So war es der nahezu 25 Jahre tätige Kassiererverwalter Otto Förster, der trotz seines hohen Alters die Kassengeschäfte sofort wieder im Nebenamt übernahm, während der Kollege A. Kiefer die Leitung der Filialgeschäfte führte. Hohe Achtung solchen Kollegen, die in einem Vierteljahrhundert mühevoller Arbeit dazu beigetragen haben, diese Organisationsgrundlagen zu schaffen.

Die Filiale marschierte in Reih und Glied mit der Gesamtarbeiterschaft von Magdeburg, der harte wirtschaftliche Kämpfe nicht erspart blieben. Wenn die Arbeiterschaft sich immer behaupten konnte, so dank ihrer kühnen Ueberlegung und dem Vertrauen zu ihren Führern. Der Magdeburger redet nicht viel, ihm erscheinen Phrasen und schmeichelhafte Reden überflüssig, dabei ist er kurz und entschlossen in seiner Handlung. Gute Ratschläge prüft er gerne und verwendet das Beste für sich. Für unsere Magdeburger Kollegenschaft ist der 21. August 1922 infolge des zu gleicher Zeit tagenden Verbandstages ein historischer Tag von besonderer Bedeutung, indem sich die Gedanken noch einmal auf ein Vierteljahrhundert zurückwenden, und alle überwundenen Schwierigkeiten, Hindernisse und geleistete Arbeit wachgerufen werden.

Unsere Verbandsdelegierten und Gäste werden in den bunten bemalten Mauern Magdeburgs ihre Freude an der historischen Entwicklung und an dem guten Geiste der Magdeburger Arbeiterbewegung finden. Mögen sie neben ihren verantwortungsvollen Arbeiten einige freie Zeit gewinnen und Freude an den Darbietungen der Magdeburger Kollegenschaft finden.

L. Wachtendorf.



Der Tarifvertragsgedanke.

Der Weg ist ein dornenvoller Leidensweg und ein langer Zeitraum harter Kämpfe zwischen dem Jahre 1869, in dem den deutschen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt werden mußte, und der Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918, durch welche der Tarifvertrag zum erstenmal in Deutschland eine völlig einwandfreie rechtliche Grundlage erhielt. Wohl war der Tarifvertrag in den vorangegangenen Jahrzehnten wiederholt Gegenstand rechtlicher Betrachtungen, die sich aber nicht verdichteten bis zur Schaffung einer gesetzlichen Rechtsbasis. Erst durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 wird unzweifelhaft festgelegt, daß ein Tarifvertrag nicht abdingbar ist, d. h. also, daß das Mindestmaß der Leistungen des Unternehmers durch den Vertrag bezeichnet wird. Der Tarifvertrag ist also seit 1918 eine rechtsverbindliche Vereinbarung geworden wie jeder andere Vertrag. Das ist, rechtlich betrachtet, das materielle Kernstück im Tarifvertrage, um welches die organisierte Arbeiterschaft seit Jahrzehnten gekämpft hat. Der Tarifvertragsgedanke ist nicht mehr ganz neu. Wir finden ihn, wenn auch künstlich verbrämt, bereits in Vereinbarungen des Spätmittelalters zwischen den Vertretern der Handwerksinnungen und der Gesellenbrüderschaften. Seitdem wir eine moderne Arbeiterbewegung haben und seitdem es einzelne Gewerkschaften zu einer entsprechend starken Anhängererschaft gebracht hatten, lauchte der Tarifvertragsgedanke mehr und mehr auf. Die Arbeiterschaft wollte nicht mehr länger als eine Ware betrachtet werden, deren Preis von Tag zu Tag, von Woche zu Woche schwankend und ungewiß ist, und auf dessen Festsetzung die Arbeiterschaft keinen Einfluß hatte. Es ist daher begreiflich, daß diejenigen Gewerkschaften, welche die Kraft in sich spürten, dem Arbeitgeber gegenüber als ebenbürtiger Gegner aufzutreten, das Bedürfnis fühlten, die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Willkür des Arbeitgebers zu entziehen. In zahlreichen Einzelfällen wurde in einzelnen Betrieben, für einzelne Betriebe, später auch für ganze Ortschaften nach Austragung eines Kampfes vertraglich vereinbart, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit Geltung haben sollten. Der Deutsche Buchdruckerverband war es, der als erster unter den deutschen Gewerkschaften auf diesem Gebiete bahnbrechend vorging. In den eigenen Reihen der Buchdrucker sowohl wie in der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung erwachten diesem Tarifvertragsgedanken sehr starke Gegner. Im Buchdruckerverband selbst kam es darüber sogar zu einer Spaltung, deren Zentrum und geistige Führer in Leipzig sich befanden, die aber nur eine sehr kurze Lebensdauer hatte, denn sehr bald erkannte der gesunde Sinn der Buchdrucker, daß der Tarifgedanke die modernere Rechtsauffassung vom Arbeitsvertrage darstellt und daß diesem die Zukunft gehört. Auf den Verbandstagen deutscher Gewerkschaften spielte dann die Frage des Tarifvertragsgedankens die vornehmste Rolle. Ende der 90er Jahre konnte man fast allgemein feststellen, daß die Tarifvertragsgegner auf der ganzen Linie im Zurückweichen begriffen waren. Wir sehen bald in allen Organisationen das Bestreben sich entwickeln zu tatsächlichen Vereinbarungen zu gelangen. Wir sehen ferner, daß die Arbeitgeberorganisationen sich gegen den Abschluß von Tarifverträgen zu wehren versuchen. Denn der Tarifvertrag ist durchaus nicht ein Friedensinstrument in dem Sinne, wie seine Gegner in der organisierten Arbeiterschaft sehr häufig behaupten, sondern er ist meistens das Resultat außerordentlich hartnäckiger und langwieriger Kämpfe. Einen Tarifvertrag schlossen die Unternehmer der damaligen Zeit nur

mit einer Arbeiterorganisation ab, die sie zu fürchten und zu respektieren hatten. Ja selbst nach dem Abschluß des ersten Tarifvertrages in einem Gewerbe sehen wir, daß die Unternehmer immer wieder versuchen, zu einer vertragslosen Zeit zu gelangen. Der Tarifvertrag wurde bei diesem Kampfe gewissermaßen zu einer Brücke, die von Zeit zu Zeit Belastungsproben unterworfen wird, um ihre Festigkeit zu prüfen. Merkten die Unternehmer, daß die Arbeiterorganisation durch irgendwelche Umstände in ihrer Festigkeit gelitten hat oder kam ihnen gar noch die Konjunktur zu Hilfe, dann versuchte man, das lästige Joch des Tarifvertrages abzustreifen.

Unsere Organisation hatte naturgemäß die gleichen Aufgaben zu erfüllen wie die Arbeiterorganisationen der Privatindustrie. Es war deshalb selbstverständlich, daß auch sie den Versuch unternahm, mit den Arbeitgebern, den Stadtverwaltungen, zu Tarifverträgen zu gelangen. Nach mehrfach fehlgeschlagenen Versuchen gelang es erst im Jahre 1909, für einen städtischen Betrieb, der Straßenbahn in München, einen Tarifvertrag abzuschließen. Für die Gesamtheit der städtischen Arbeiter einen solchen Vertrag einzugehen, hielt auch diese Stadtverwaltung nicht für notwendig. Im Jahre 1916 waren erst sieben Verträge mit Gemeindeverwaltungen abgeschlossen worden, deren ältester wohl aus dem Jahre 1891 stammt und die Stadtverwaltung Jena betrifft. Am Schlusse des Jahres 1920 bestanden 481 Tarifverträge im Reich mit 3405 Betrieben und rund 305 000 Beschäftigten. Am Schlusse des Jahres 1921 hatten wir zu verzeichnen 453 geltende Verträge mit 5084 Betrieben und 356 731 Beschäftigten. Wir sehen, daß die Zahl der Verträge abgenommen hat, aber die Zahl der Betriebe und die Zahl der Beschäftigten, die unter die abgeschlossenen Verträge fallen, erheblich gestiegen sind. Daraus geht hervor, daß die Einzelverträge der einzelnen Betriebe im Rückgang begriffen sind und an deren Stelle örtliche bzw. bezirkliche und letzten Endes Reichsarbeitsverträge treten. Diese Tendenz zeigt sich auch im Tarifvertragswesen aller übrigen Gewerkschaften. Das bedeutet praktisch eine größere Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen.

Als in der letzten Sturm- und Drangperiode der deutschen Arbeiterbewegung die Wogen sehr hoch gingen, erschloß hier und da auch der Ruf: Fort mit dem Tarifvertrage! Sie seien ein Hemmungsmittel des Unternehmertums gegen die aufsteigende Arbeiterschaft. Veraltet sei der Tarifvertragsgedanke und deshalb müssen neue Formen und neue Rechtsnormen gefunden werden für die Kämpfe und Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft. Ja, die Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe sahen am 17. Januar 1919 in voller Anerkennung der damaligen Situation folgenden Beschluß:

„Die Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe protestieren auf das entschiedenste gegen die Verordnung des Reichsarbeitsamts vom 23. Dezember 1918 betreffend Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Diese Verordnung ist vorbereitet und erlassen worden ohne Hinzuziehung der Vertreter der Arbeiterräte und ist geeignet, diese zu befehligen. Die Arbeiterräte üben ihre Tätigkeit kraft revolutionären Rechts aus und werden sich dieses Recht nicht nehmen lassen. Sie werden sich auch dem Abschluß irgendwelcher Tarifverträge energisch widersetzen, die geeignet sind, die Tätigkeit der Arbeiterräte lahmzulegen.“

Der verstorbene Freund und treue Berater der deutschen Gewerkschaften in Rechtsfragen, der Rechtsanwalt Dr. Heinrichmann, sagte, zu diesem Beschluß der Arbeiterräte:

„Völlige Unverständlichkeit für die sozialistischen Elemente die in der Errungenschaft des Tarifvertrages liegen, Verfolgung von aller gewerkschaftlichen Disziplin und Erziehung, Mißachtung der treuen und zähen Arbeit, die die Planer der Arbeiterbewegung trotz aller staatlichen Verfolgung jahrzehntelang in aller Stille geleistet haben, und das alles aus

Meberm
als Th
anbring
heim
„han
die un
geben?“
Wenn
gestie
Zat fehle
Bestier
ein, die
weder
gewesen
geändert
Revolutio
haben jah
ist“
„derjeni
die Zent
„effen
„hante
gemein
„ich
„es a
„erant
„eineme
„rieben
„heit m
„Berzins
„e der
„die Ar
„Berl
„unmittel
„Die Ver
„Berl
„Arbeitsg
„und ge
„nahme
„deutlich
„daß die
„Kampjes
„und für
„Große
„Ganz
„ber ger
„bewegun
„treten,
„des ge
„haben,
„Wie ge
„einheitl
„bedingun
„vertrag,
„mante
„geregel
„Jahres
„Reichs
„legen
„jäh
„nisten
„der Re
„der Be
„Wägrer
„den in
„Leitun



übermut, Machtgier und um die in diesem Zusammenhang als Phrasen wirkenden Worte vom revolutionären Recht andringen zu können.
Heinemann fragt weiter:

„Handelt es sich hier nur um Geburtswehen der Revolution, die unter dem harten Zwang der realen Tatsachen vorübergehen?“

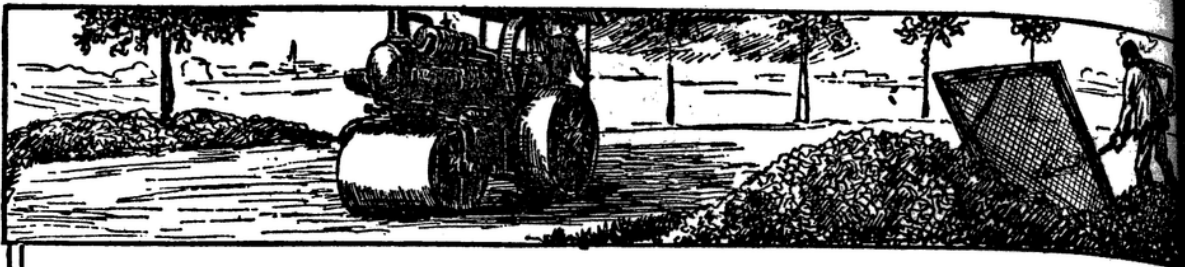
Wenn Heinemann heute noch lebte, würde er sich die selbst gestellte Frage mit „ja“ beantworten können. Denn in der Tat setzte, unbestimmt um den Beschluß der Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe, eine außerordentlich starke Tarifbewegung ein, die auch solche Gewerbe umfaßte, in denen wenige Monate vorher der Abschluß eines Tarifvertrages noch ganz unmöglich gewesen wäre. An dieser Feststellung wird auch dadurch nichts geändert werden, daß wir wenige Wochen vor Ausbruch der Revolution im Lager der Unternehmer eine Bewegung entgegen sahen, die später zur sogenannten „Arbeitsgemeinschaft“ führte. Die Idee, die zur Arbeitsgemeinschaft führte, ist derjenigen, die zum Tarifvertrag führte, nicht gleichzustellen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft fußt auf dem Grundsatz der Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Arbeitgeber eines bestimmten Berufes oder einer Industrie. Die Zentralarbeitsgemeinschaft löst, ohne das natürlich auszupprechen und ohne daß es auch von den Arbeitern der betreffenden Berufe anerkannt wird, die jeweiligen Berufsangehörigen aus der Interessengemeinschaft der Gesamtarbeiterschaft los. Wir haben es erleben müssen, daß in Arbeitsgemeinschaften Vertreter der Arbeiter mit den Arbeitgebern bei der Wahrung der sogenannten Berufsinteressen gemeinsam vorgingen und das Klasseninteresse der Gesamtarbeiterschaft hintenangestellt haben. Der Tarifvertrag und die Arbeitsgemeinschaft regeln selbstverständlich auch die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen eines bestimmten Berufes oder einer Industrie, ohne daß sich aber die im Tarifverhältnis stehenden Arbeiter in den mittelbaren oder unmittelbaren Dienst gewisser Unternehmerinteressen stellen. Die Arbeitsgemeinschaft hat dagegen Nehnlichkeit mit den Verhältnissen aus der Zukunft. Ueber den Wert der Arbeitsgemeinschaft ist seit ihrem Bestehen schon viel gesprochen und geschrieben worden, ohne daß eine endgültige Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften erfolgt ist. Auf dem letzten deutschen Gewerkschaftskongreß zu Leipzig kam zum Ausdruck, daß die Arbeitsgemeinschaft kein Prinzip des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern bestenfalls nur eine Zweckmäßigkeitfrage und für einzelne Gewerkschaften noch bis zu einem gewissen Grade eine Notwendigkeit sei.

Ganz anders der Tarifvertrag. Er ist das sicherste Zeichen der gewerkschaftlichen und politischen Erstarrung der Arbeiterbewegung. Er wird nur dort in die Erscheinung treten, wo starke Arbeiterorganisationen im Vordergrund des gewerkschaftlichen Kampfes stehen und die Kraft haben, den Abschluß eines Tarifvertrages zu erzwingen. Wie gewaltig der Abschluß eines Tarifvertrages auf die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts im Betriebe und der Arbeitsbedingungen wirkt, zeigt am besten unser Reichsmanteltarifvertrag. Am 31. Dezember 1921 wurden durch den Reichsmanteltarifvertrag die Arbeitsbedingungen für 154 000 Personen geregelt. Nahezu die Hälfte unserer Mitglieder standen am Jahresanfang unter dem Reichsmanteltarifvertrage. Der Reichsmanteltarifvertrag hat Zehntausenden unserer Kollegen erhebliche Vorteile gebracht. Er hat aber gleichzeitig denjenigen Mitgliedschaften, die in besseren Verhältnissen stehen, es ermöglicht, diese zu halten. Die Aufgaben, die der Reichsmanteltarifvertrag im Reiche zu erfüllen hat, erfüllt der Bezirksarifvertrag im engeren Rahmen des Bezirkes. Während der erstere ein sogenannter Rahmenvertrag ist, durch den in der Hauptsache nur das Arbeitsrecht und die sozialen Leistungen geregelt werden, hat der Bezirksarifvertrag bereits

die Regelung der Lohnsätze sich zur Aufgabe gestellt. Bei der jetzigen Schnellebigkeit der Ereignisse, bei dem immer rasender werdenden Wechsellauf zwischen Barlohn und Warenpreisen wird das Ziel, dem die Bezirksarifverträge zustreben, nämlich die Schaffung eines Reichslohntarifvertrages, nicht so bald erreicht werden, wie es zweifellos geschehen würde, wenn wir stabilere Existenzverhältnisse hätten. Alles flieht! Niemals hat dieses Wort, namentlich auf dem Gebiete der Lohnarifverträge, mehr Geltung gehabt als jetzt. In ununterbrochener Folge löst ein Lohnarifvertrag den anderen ab. Die Geltungszeit wird immer kürzer. Die Tarifpolitik, die in Weiterentwicklung des Tarifgedankens von uns befolgt werden muß, erfordert folglich ständige Kampfbereitschaft. Unsere Hauptgegner, der Reichsarbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, arbeitet ungemein emsig an dem Ausbau seiner Organisation. In allen Teilen des Reiches stehen ihm Kräfte zur Verfügung, die sich ausschließlich in den Dienst seiner Tarifpolitik gestellt haben. An unsere Vertreter werden in den Verhandlungen immer höhere Anforderungen gestellt. So groß auch die Notlage der Gemeinden ist, größer noch ist die Notlage der von ihnen beschäftigten Arbeiter. Deren Interessen bis zum äußersten wahrzunehmen, sind wir beauftragt und fest entschlossen. Ein anderes Moment, das unsere ernsthafte Beachtung verdient, nämlich das Bestreben privatkapitalistisch interessierter Kreise, die öffentlich rechtlichen Betriebe wenn nicht sich anzueignen, aber doch unter ihre Kontrolle zu stellen, wird gleichfalls auf unsere Tarifpolitik von erheblichem Einfluß sein.

Wir dürfen daher nicht zögern, unseren Organisationsapparat technisch auf die denkbar vollkommenste Stufe zu bringen. Wir dürfen nicht zögern, die tüchtigsten Leute aus unseren Reihen dort hinzustellen, wo sie gebraucht werden. Ist auch der Charakter unserer Arbeitgeberorganisationen immerhin anders geartet als der der privatkapitalistischen Arbeitgeberorganisationen, so schließt das doch nicht aus, daß wir zu Angriffs- oder auch Abwehraktionen größten Stils kommen können, unter Umständen sogar kommen müssen. Diese Tatsache erkennen heißt für uns die Kampfbereitschaft und Kampfkraft im höchsten Maße steigern. Je schwieriger die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Reiche sich gestalten, je schwieriger namentlich auch die finanzielle Lage von Reich und Gemeinde wird, desto mehr wird sich das Bestreben bemerkbar machen, die Arbeiterinteressen hintenanzustellen, desto notwendiger aber wird für uns der Ausbau der Organisation. Die möglichst einheitliche tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und des Arbeitsrechts in den öffentlich rechtlichen Betrieben wird in den nächsten Jahren unsere Hauptaufgabe sein. Diese zu erfüllen, wird nur eine Organisation imstande sein, die alle in diesen Betrieben beschäftigten Personen ohne Unterschied der Berufszugehörigkeit erfaßt. Die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses zeigen deutlich die Richtung an, die der Entwicklungsweg der organisierten Arbeiter einschlagen muß. Die Arbeiter in den öffentlich-rechtlichen Betrieben und Verwaltungen können sich nicht länger mehr den Cugus gefallen lassen, in verschiedenen Organisationen ihre Interessenvertretung zu suchen. Reich, Staat und Gemeinde bilden bereits auf dem Gebiet der Entlohnung und Befoldung der Angestellten, Arbeiter und Beamten einen nahezu einheitlich geschlossenen Machtfaktor. Tun wir alles, setzen wir alle unsere Energie daran, diesem Machtfaktor eine ebenso einheitlich geschlossene Arbeiterorganisation gegenüberzustellen, dann wird es voraussichtlich gelingen, nicht etwa Frieden um jeden Preis in diesen Betrieben zu haben, wohl aber die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer zu wahren, soweit das unter Berücksichtigung des Allgemeinwohls und der gesamten wirtschaftlichen Lage unseres Landes möglich ist.

Fritz Müntzer



Aufgaben des Verbandstages.

Der 9. Verbandstag in Magdeburg bietet den Mitgliedern Gelegenheit, die gesamte Verbandstätigkeit nachzuprüfen und durch ihre gewählten Vertreter zu bestimmen, nach welchen Grundzügen künftig das Verbandschiff gesteuert werden soll. Es wird nicht leicht möglich sein, inmitten der verschiedenartigen Strömungen immer den richtigen Kurs zu halten. Entscheidend ist in erster Linie, mit welcher Fracht der Verbandstag das Schiff belastet und inwieweit der zu große oder zu geringe Ballast seine Steuerfähigkeit beeinträchtigt.

Mehr als in der Vorkriegszeit werden sich die Verbandstagsbeschlüsse im Leben der Mitglieder auswirken. Während früher der Verband nur einen sehr beschränkten Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in Staat und Gemeinde ausüben konnte, ist er heute durch den Abschluß von Tarifverträgen mitbestimmender Faktor geworden, dessen Macht allerdings in den trostlosen Wirtschaftsverhältnissen der Nachkriegszeit ihre natürlichen und leider oft recht eng bemessenen Grenzen findet. Immerhin bleibt die Verbandspolitik entscheidend für die weitere Entwicklung und Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses in öffentlichen Betrieben. Deshalb ist das Maß der Verantwortung für jeden Verbandstagsbelegierten größer als früher.

In dieser Situation lohnt es sich, auch einmal den bereits zurückgelegten Weg zu übersehen und womöglich Ausblicke in die Zukunft zu gewinnen. Gewiß hätte niemand dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bei seiner Gründung im Jahre 1896 zugehört, daß er nach 25jährigem Bestehen nahezu 300 000 Mitglieder zählen würde. Im Gegenteil. Die Arbeiter der Gemeindebetriebe galten in den Kreisen der Gewerkschaftler damals überhaupt nicht als organisationsfähig, ganz zu schweigen von den Staatsarbeitern oder gar den im Gesundheitswesen tätigen Personen. Tatsächlich war es auch ein dornenvoller Pfad, den die ersten Verbandsfunktionäre wandeln mußten, die sich der Agitation widmeten. Oftmals zerfielen diese unwillige Strömungen der Betriebsgewaltigen die Organisationsarbeit von Monaten aus und die Maßregelungen der Kollegen nahmen kein Ende. Trotzdem gelang es dem Verband, sich durchzusetzen.

Da zeigte sich bald eine andere, für den Verband kaum geringere Gefahr, die ihn direkt in seiner Existenz bedrohte. Die Bruderverbände, die den Erfolg unserer Agitation sahen, verlangten die Abtretung ihrer Berufsangehörigen, und alle Instanzen der Gewerkschaftsbewegung standen auf ihrer Seite. Wenn es trotzdem nicht zu einer Auflösung und Aufteilung unseres Verbandes kam, so verdanken wir dies einzig und allein dem gefunden Sinn unserer Mitglieder, der es nicht zuließ, ihre Organisation zu zerbrechen, um einigen Verbänden ein paar Splitterchen zuzuführen, die den Einfluß der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben wahrlich nicht gestärkt hätten. Erst der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg hat unsere Organisationsform anerkannt, was freilich eingeleitete Berufsverbändler nicht abhielt, ihre alten, beinahe zünftlerischen Ideen weiter zu propagieren. Ob die auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig angenommene Entschliegung ausreicht, um die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung selbst vorhandenen Widersprüche gegen die gesunde Weiterentwicklung zu brechen, bleibt abzuwarten. Aufgabe unseres Verbandstages aber dürfte es sein, den Fortschritt zu fördern und der Zusammenfassung aller in öffentlichen Diensten stehenden Personen in einer einzigen großen leistungsfähigen Organisation die Wege zu ebnen.

Zwar wird die Rücksicht auf die Verhältnisse der öffentlichen Betriebe und besonders die Tatsache, daß unter den

Streiks der Gemeinde- und Staatsarbeiter die gesamte wertvolle Bevölkerung stark in Mitleidenschaft gezogen wird, stets eine vorsichtige Handhabung der Streitwaffe gebieten, aber auf ihre Anwendung kann nicht verzichtet werden angesichts der so schroff ablehnenden Haltung der Arbeitgeberseite gegenüber berechtigten Forderungen der Arbeiter. Die Einwirkung des Tarifwesens hat es mit sich gebracht, daß mit Streiks großen Umfangs gerechnet werden muß, die über ganze Tarifgebiete sich erstrecken, und Zehntausende von Kollegen in den Kampf miteinbeziehen. Dieser Tatsache muß Rechnung getragen werden durch entsprechende Gestaltung der Verbandsfinanzen. Hier ist genau nachzuprüfen, was geschehen muß, um die Kampfkraft des Verbandes zu erhalten. Dies wird letzten Endes nur dann der Fall sein, wenn die Kämpfenden so unterstützt werden, daß sie in der Lage sind durchzuhalten, auch wenn die Verhältnisse sich einmal schwierig gestalten, denn nicht jeder Kampf wird gewonnen. Das haben die Nichtals-Draufgänger schon erfahren müssen, und es nützt denen, die auf der Strecke bleiben, gar nichts, daß die Arrangiere allen möglichen Instanzen die Schuld für den verunglückten Ausgang zuschieben, nur nicht der eigenen Unüberlegtheit. Solche Erfahrungen dürfen natürlich nicht davon abhalten, die ganze Kraft der Organisation einzusetzen, wenn dies zur Erreichung wichtiger Ziele erforderlich ist.

Und noch etwas muß zur Ausgestaltung des Verbandes geschehen, nämlich eine völlige Neuordnung der Verbandsleitung, die den gegen früher von Grund aus geänderten Verhältnissen Rechnung trägt und die demokratische Mitwirkung der Gesamtmitgliedschaft an den Verbandsgeschäften gewährleistet, soweit dies möglich ist. Bisher bestand der Verbandsauschuß mit dem auf dem Verbandstag gewählten Geschäftsleitung und einer Mehrzahl von Kollegen, die die Filiale Berlin hinzuzählte. Als Kontrollinstanz fungierte der Verbandsauschuß mit dem Sitz in Stuttgart. Solange unser Verband auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse einen geringen Einfluß ausübte, mochte dieser Zustand erträglich sein und den gegebenen Verhältnissen entsprechen. Heute, wo die Mitgliedschaft ungeheuer gewachsen ist, die zur Entscheidung des Verbandsvorstandes gelangenden Dinge wichtiger für das Organisationsleben sind, wo insbesondere die Entscheidung über Tarifverträge und deren Auslegung dem Verbandsvorstand obliegt, entspricht dieser Zustand keineswegs mehr den gegebenen Verhältnissen. Der Einfluß der Filiale Berlin auf den Verbandsvorstand ist erheblich größer als der Einfluß der gesamten übrigen Mitgliedschaft. In wichtigen Fragen, insbesondere denen des Reichsmanteltarifs, ist die Auffassung in den übrigen Teilen Deutschlands meist eine der Berliner Auffassung entgegengesetzte.

Es muß also eine Instanz geschaffen werden, die auch die Auffassung der Mitglieder im ganzen Reich zur Geltung kommen läßt und dem Berliner Einfluß gegenübersteht. Der Verbandstag muß, wenn er seine Aufgabe richtig versteht, einen Verbandsrat schaffen und ihn so zusammensetzen, daß er in der Lage ist, ein Urteil über die Verhältnisse im ganzen Reich abzugeben und gegebenenfalls wichtige, ihm zugewiesene Entscheidungen zu treffen. Da der Verbandsvorstand dem Verbandstage, also der Gesamtheit der Mitgliedschaft, für alle seine Handlungen Rechenschaft schuldig ist, so empfiehlt es sich, die Wahl sämtlicher Vorstandsmitglieder, also auch der Beisitzer, auf dem Verbandstag vorzunehmen.

Wird die Frage der Geschäftsführung des Verbandes und die Zuständigkeit der verantwortlichen Stellen, zu denen auch die zu wählenden Gau- und Kreisräte gerechnet werden müssen, richtig geregelt, so dürfte für die Zukunft innere Konflikte so gut wie ausgeschlossen sein. Die ganze Kraft des Verbandes kann so der Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugewendet werden.

H. Hofmann

Anfere



ja, die ut
die höchst
relation u
berzahl ei
nigen Gas
enthalten
sich sich i
Kopferin
in drei
Kritik
bezieht d
noll zu m
des „Zer
nis Deut
gehört
nehme die
ten- und
frigt nur
in uniere
des erste
märkten
sofort mi
mit ihren
leeren Ri
ebjolute,
mitglieds
Revoluti
die Koal
Reichs-
strömen
Ihre 32
Organis
gehören.
so auch
schlemer
Männer
der Arb
bar, und
ganzten
der all
Jahre 1
gleich 1
wieder
53 383
unter
Organis
schaft e
Inter
die ein
Die R
28 145
die Se
beraum
und P
de G



Unsere weiblichen Mitglieder.

Sür die Entwicklung unseres Verbandes hat die Organisation der weiblichen Beschäftigten in den Gemeinde- und Staatsbetrieben eine bedeutende Rolle gespielt. Unsere Statistik zeigt, wie die Frauengruppe innerhalb unseres Verbandes aus den kleinsten Anfängen heraus sich zu ihrer heutigen respektablen Größe entwickelt hat. Sind es doch im Jahresdurchschnitt 1921 rund 48 000 weibliche Mitglieder gewesen, die unter Verbandsumfaß! Eine Zahl, die größer ist wie die Höchstzahl der Gesamtmitgliedschaft vor Ausbruch der Revolution und die gemessen an der heutigen gesamten Mitgliederzahl ein Fünftel aller unserer Mitglieder umfaßt. Die wenigen Gasarbeiter, die 1896 den „Verband der Arbeiter in Gasanstalten u. s. w.“ gründeten, haben wohl nicht damit gerechnet, daß sich ihnen jemals eine so große Zahl von Frauen als Mitarbeiterinnen an die Seite stellen würden. Dennoch traten bereits drei Jahre nach der Gründung des Verbandes in der Statistik die ersten weiblichen Mitglieder jaghaft hervor. Es wurde der Arbeit weiterer drei Jahre, um das erste Duzend zu machen, und im Jahre 1904 wird durch die Hebernahme des Zentralverbandes des Massage- und Krankenpflegepersonals Deutschlands das erste Hundert von den weiblichen Mitgliedern überschritten. Gleichzeitig aber wird mit der Übernahme dieses Verbandes eine vermehrte Agitation in den Krank- und Pflegeanstalten entfaltet, und langsam aber stetig steigt nun von Jahr zu Jahr die Zahl der weiblichen Mitglieder in unserem Verband. 1911 wird mit einem kühnen Sprunge das erste Tausend überschritten, 1913 bringt die erste Rückwärtsbewegung in der Mitgliederzahl der Frauen, die aber 1914 sofort wieder ausgeglichen wird. Nun kommen die Kriegsjahre mit ihrem starken Zugang an weiblichen und dem noch stärkeren Rückgang an männlichen Mitgliedern, die nicht nur das absolute, sondern auch das prozentuale Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft sehr zugunsten der Frauen verändern. Dann das Revolutionsjahr 1918. Die Männer lehnen aus dem Felde heim, die Koalitionsfreiheit steht nicht mehr auf dem Papier! Die Reichs- und Staatsbetriebe regen sich, und mit dem Männerstreik räumen die Frauen in vermehrter Zahl in die Organisation. Ihre Zahl verdreifacht sich, wir zählen bereits 23 240 und die Organisation besteht zu einem Viertel aus weiblichen Mitgliedern. Das Jahr 1919 bringt genau wie bei den Männern so auch bei den Frauen, die das 40. Tausend überschreiten, den zahlenmäßig stärksten Anstieg im Verband. Aber die Zahl der Männer steigt stärker als die Zahl der Frauen, die Freimachung der Arbeitsstellen für die Kriegsteilnehmer macht sich bemerkbar, und das prozentuale Verhältnis ändert sich wieder zu ungunsten der Frauen. 1920 hält der Anstieg noch an, aber mit der allgemeinen Rückwärtsbewegung der Mitgliederzahl im Jahre 1921 sinkt auch die Zahl der weiblichen Mitglieder, obgleich sich das prozentuale Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft wieder gehoben hat. Wir standen am 1. Januar 1922 mit 33 383 buchmäßigen weiblichen Mitgliedern an neunter Stelle unter den dem ADGB. angeschlossenen freigewerkschaftlichen Organisationen, wie wir auch in bezug auf die Gesamtmitgliedschaft an neunter Stelle stehen.

Interessant ist die Verteilung der weiblichen Mitglieder auf die einzelnen Betriebe innerhalb unseres Organisationsgebietes. Die Kranken-, Pflege- und Badeanstalten stehen hier mit 26 146 weiblichen Mitgliedern an erster Stelle. Dann folgen die Schulen mit 3156 weiblichen Mitgliedern, die Gemeindebetriebe mit 1488, die Straßenreinigung mit 1452, die Garten- und Parkanlagen mit 1003 weiblichen Mitgliedern, während die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zusammen nur 1230

weibliche Mitglieder aufzuweisen haben und von den übrigen Betrieben keiner mehr die Zahl 1000 erreicht.

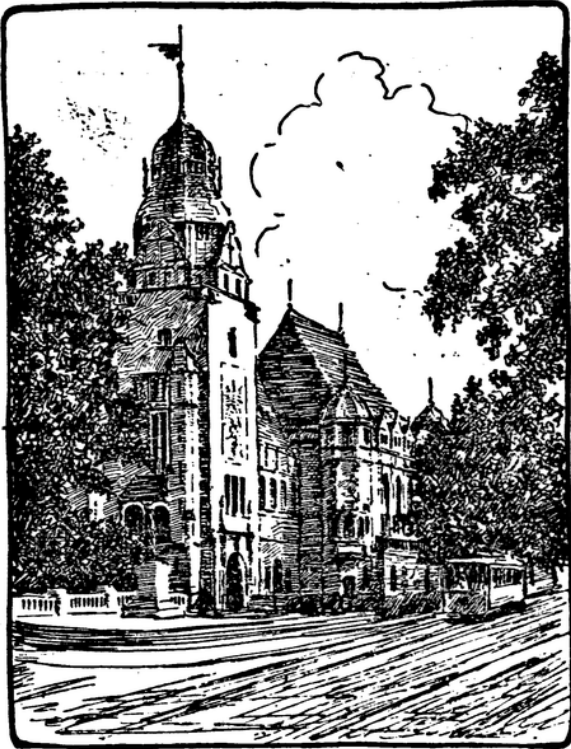
Trotz ihrer ziffernmäßigen Stärke sind die weiblichen Mitglieder im Verbandsleben bisher wenig hervorgetreten. Es hat oftmals den Anschein, als ob manche Stellen innerhalb der Organisation und die Delegationen zu den Kongressen und Verbandstagen für alle Zeiten ein Privileg der männlichen Mitglieder bleiben sollten. Die Gründe für diese Erscheinung sind in unserem Blatte wiederholt erörtert worden. In früheren Zeiten war es die starke Fluktuation in den für die Frauen in Frage kommenden Betrieben, die dazu führte, daß die weiblichen Mitglieder mit wenigen Ausnahmen Neulinge im Verband blieben. Diese Gründe fallen heute fort. Aber auch heute noch sind unsere weiblichen Mitglieder in ihrer Mehrzahl jugendliche Arbeitskräfte, denen der Sinn für die ernste aufopfernde Tätigkeit innerhalb der Organisation noch abgeht. Dazu kommt die Zurückhaltung der Frauen gegenüber allem Neuen und Ungeübten und vor allen Dingen ihre Scheu vor dem Hervortreten in die Öffentlichkeit. Diese Hemmungen liegen sich sicher überwinden, wie uns die rühmlichen Beispiele aus der Kriegszeit bewiesen haben, wenn nicht gerade diese Mutigen unter den Frauen bei einem erheblichen Teil unserer männlichen Mitglieder auf einen Widerstand stoßen würden, der nur dadurch zu erklären ist, daß diesen durch ein Hervortreten der Frauen die eigene Vorkherrschaft im Verband bedroht erscheint. Wir haben leider innerhalb des Kreises unserer männlichen Mitglieder eine Reihe äußerlich sehr revolutionärer, innerlich aber durchaus konservativer Geister, die sich dagegen sträuben, die Theorie von der Gleichberechtigung der Frau auch in die Praxis umzusetzen. Trotzdem sind auch hier bescheidene Anzeichen einer Besserung zu bemerken.

Der diesjährige Verbandstag ist ein Zeichen dafür, daß es auch in bezug auf die Delegation von weiblichen Mitgliedern langsam, wenn auch nur sehr langsam vorwärts geht. Auf dem Verbandstag zu Mainz im Jahre 1906 wurde der Antrag gestellt: „die für die Konferenz des deutschen Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals gewählte Kollegin Gindemann als Vertreterin der weiblichen Mitglieder auch zu den Verhandlungen des Verbandstages mit beratender und beschließender Stimme zuzulassen“. Der Antrag wurde damit begründet, daß auf dem Verbandstage Fragen zur Erörterung kommen, bei denen die Anwesenheit eines weiblichen Vertreters sehr erwünscht ist. Der Antrag wurde angenommen, der Kollegin aber nur eine beratende Stimme eingeräumt. Trotzdem also bereits der Verbandstag 1906 davon überzeugt war, daß die Anwesenheit weiblicher Vertreter bei den Verhandlungen notwendig ist, wurden weitere drei Verbandstage abgehalten, ohne daß eine Frau dazu delegiert war. Erst auf dem Verbandstag 1919 in Nürnberg waren unter den Delegierten zwei weibliche Mitglieder zu verzeichnen, und in diesem Jahre in Magdeburg haben wir es sogar auf 6 weibliche Delegierte zum Verbandstag gebracht.

Es ist das gewiß kein Grund, der zu übertriebenen Hoffnungen Veranlassung geben könnte, aber es ist das ein Beweis, daß die Entwicklung nicht stillsteht. So wie es uns gelungen ist, aus den kleinsten Anfängen heraus den Kreis unserer weiblichen Mitglieder von Jahr zu Jahr zu vergrößern, so hoffen und erwarten wir gerade von diesem Verbandstag und von der Teilnahme der sechs Kolleginnen, daß sie mit dazu beitragen werden, bei den Kollegen das Vorurteil gegen die weiblichen Funktionäre zu zerstreuen und bei den Kolleginnen neuen Mut zur Mitarbeit im Verbandsleben zu erwecken. Gelingt uns dies, dann wird die „Frauenfrage“ innerhalb unseres Verbandes gelöst sein und die Zahl der weiblichen Mitglieder sich weiterhin in aufsteigender Linie bewegen. Dazu mögen auch die Beschlüsse des Magdeburger Verbandstages sich auswirken.

Marie Friedrich.

Willkommen in Magdeburg



it dem Beschluß des 8. Verbandstages in Nürnberg, die nächste Tagung des höchsten Verwaltungskörpers unserer Organisation, den Verbandstag, in Magdeburg stattfinden zu lassen, ist sicher kein Fehlgriff getan worden. Diese Stadt birgt wohl alles in sich, was man billigerweise von einem Kongreßort verlangen kann. Mitten im Herzen Deutschlands gelegen, ist es von den Delegierten aller Gauen ohne allzuviel Umstände mit dem Dampfzug zu erreichen.

Weit über eine tausendjährige Geschichte hat die Stadt hinter sich. U. a. kundlich wird der Ort zum erstenmal in einer Verordnung Karls des Großen erwähnt, die er am 24. Dezember 805 von Diedenhofen aus erließ, in der er bestimmte, daß ein kaiserlicher Bevollmächtigter den Handelsverkehr an der wendischen Grenze zwischen den fränkischen Kaufleuten und den Wenden und den Waren überwachen sollte. Es ist hieraus zu schließen, daß Magdeburg nicht nur schon bestanden, sondern auf Grund seiner günstigen Lage an der Elbe und an den Grenzen der Nachbarländer eigenen Handelsbetrieb unterhalten hat. Wann die erste Niederlassung der Menschen als Gründer des Ortes gewesen ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Wahrscheinlich ist anzunehmen, daß die von Holstein über Westfalen vordringenden Sachsen, nachdem sie im Verein mit den Franken 531 das Thüringische Reich zerstört hatten, zu Ehren ihrer höchsten Göttin Frea an der Elbe den Ort „Magdeburg“ an dem zwischen Weser und Elbe gelegenen großen Waide „Magdehede“ gründeten. Dieses ist um so wahrscheinlicher, da ja die alten Deutschen ihre Götter nicht in Tempeln, sondern in der Stille geheiligter Haine verehrten.

In wirtschaftlicher Beziehung nahm Magdeburg, durch seine Lage an der Elbe begünstigt, Teil an den Erfolgen, die den Kaufleuten im Mittelalter hauptsächlich durch die Kreuzzüge

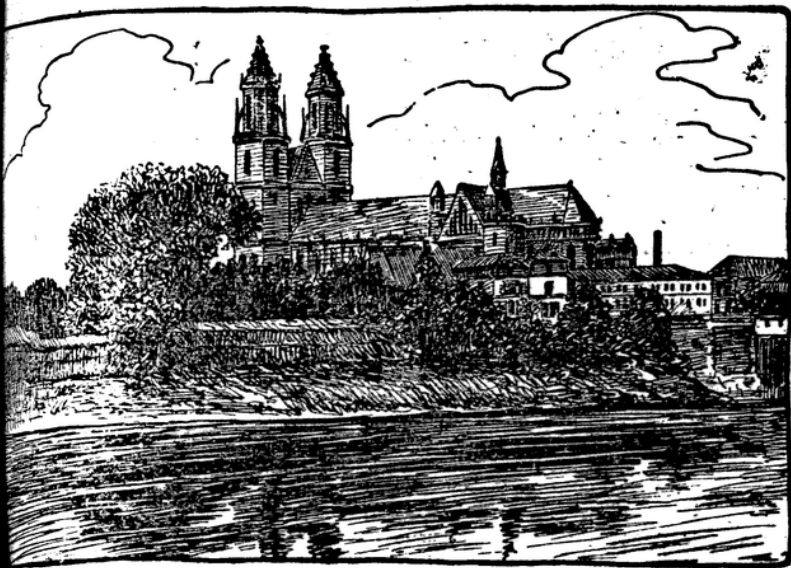
besetzt den waren. Der Warenaustausch, der von Italien und dem Morgenlande nach den skandinavischen Ländern und Russland ging, nahm zum größten Teil seinen Weg über Magdeburg, wo große Messen abgehalten wurden, deren jährlicher Rest noch heute in dem alljährlich stattfindenden Jahrmarkt auf dem Platz am Dom zu sehen ist. Durch die Anhängung von Reichthümern in ihrem Selbstbewußtsein gestärkt, hatten auch die Kaufleute von Magdeburg wie in allen Patrikierstädten die Verwaltung der Stadtangelegenheiten an sich gerissen, von der sie allmählich durch den aufstrebenden Handwerkerstand, nicht ohne blutige Kämpfe, verdrängt wurden, so daß es sogar im Jahre 1301 soweit kam, daß zehn Innungsführer als Unruhige öffentlich hingerichtet wurden.

Am meisten hatte die Stadt wohl unter dem Druck der in Magdeburg residierenden Erzbischöfe zu leiden. Wohl hatten die Stadtvwaltungen es wohlweislich versucht, und nicht immer ohne Erfolg, unabhängig vom Bischof zu sein. Und mancher Vertrag ist darüber geschrieben worden, den sich die Bürger dann durch verschiedene Pfund löstigen Silbers und Goldes erkaufen mußten. Hinzu kam, daß die Klöster mit ihren großen Besitzungen vollständig steuerfrei waren.

Dieser Umstand läßt es begreiflich erscheinen, daß die Lehren der Reformatoren, in denen auch von Gleichheit der Christenmenschen viel die Rede war, von selten der Bürgerschaft mit Begeisterung aufgegriffen wurden, und der Rat der Stadt Magdeburg sich gezwungen sah, der Stimmung in der Bürgerschaft Rechnung zu tragen. Catholische Prediger wurden an den Stadtkirchen eingesetzt, und der Erzbischof mit seinem Anhang verdrängt, bis das Verhängnis über die sonst blühende Stadt im Jahre 1631 hereinbrach. Sie wurde durch den kaiserlichen Feldherrn Tilly belagert und eingenommen. Dabei ist sie vollständig dem Erdboden gleichgemacht. Jetzt steht bis heute noch nicht, ob die Stadt durch den Eroberer Tilly oder durch seinen Verteidiger, den schwedischen Oberst Falkenberg, an allen Ecken angezündet wurde. Erhalten blieben nur der Dom und das durch eine von Tilly beorderte Eßigmannschaft gezerrte Kloster A. L. Frauen und einige kleine Fischerhäuser. Von Persönlichkeiten, deren Namen in der wissenschaftlichen Welt heute noch einen geachteten Klang besitzen, konnte sich der Erfinder der Luftpumpe, Otto von Guericke, retten. Er war es auch, der nach Zerstörung der Stadt zuerst wieder einen großzügigen angelegten Plan zum Wiederaufbau der Stadt anfertigte. Daß derselbe nicht zur Ausführung kam, ist nicht seine Schuld, sondern die seiner Zeitgenossen. Sein Denkmal steht heute noch neben dem Rathaus.

Bis dahin war Magdeburg eine unmittelbare freie Reichsstadt gewesen. Der Rat der Stadt konnte nach freiem Ermessen und Belieben Bedürfnisse mit befreundeten Fürsten und Städten gegen Widersacher abschließen. Längere Zeit war sie auch Mitglied des mächtigen Hansabundes. Der genug hat sie selbst den Anordnungen des Kaisers getrotzt. Der ganze Sinn der Bürger, die sich fast ausschließlich mittelbar oder unmittelbar vom Handel ernährten, war darauf eingestellt, sich frei zu betätigen. Daraus ist zu erklären, daß auch heute noch in den alten Magdeburger Arbeitern, die zum großen Teil ihre Beschäftigung in dem Umschlagsverkehr der Binnenschifffahrt der Elbe finden, ein Stück robusten Volkstums herrscht, bei dessen Vorkommen immer jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird. Dennoch steckt ein Kern niederländischer Gemüthslichkeit in diesem Charakter, der sich auch darin offenbart, daß der Magdeburger gegen Fremde offen und gastgeberlich ist.

Die Stadt hat bis zur Beendigung des 30jährigen Krieges, unter dem sie wohl wie keine andere Stadt in Deutschland zu leiden hatte, ihre Freiheit bewahrt, bis es ein Hohenjoller, der sogenannte Große Kurfürst, verstand, die Stadt zu seiner Hausmacht zu schlagen. Sie ist bis auf den heutigen Tag preussisch geblieben und durch die Eingemeindung der Vorstädte zu einer Großstadt mit 300 000 Einwohnern geworden, die leider in städtebaulicher Beziehung, durch Unterlassungen der in der Vorkriegszeit regierenden bürgerlichen Räte



nicht von modernen Heilsaposteln durch Schlagworte irreführen läßt, sondern die in etprobter Disziplin immer noch ihren alten Führern folgt. So ist es bis jetzt möglich gewesen, fast immer die geführten Kämpfe mit Erfolg beenden zu können.

In den letzten Jahrzehnten hat sich in Magdeburg eine Industrie entwickelt, die ausschlaggebend für ganz Mitteldeutschland ist. Das große Krupp-Grüsanwerk beschäftigt den größten Teil der Magdeburger Metallarbeiterchaft. Durch den jetzt geplanten Bau des Mittelstaubkanals, der unmittelbar an Magdeburg vorbeiführt, wird der Stadt noch ein wirtschaftlicher Aufstieg bevorstehen zum Segen seiner ganzen Arbeiterchaft. Schon jetzt konzentriert sich das ganze

wirtschaftliche Leben Mitteldeutschlands in Magdeburg, das sich ausdrückt in der Mitteldeutschen Ausstellung, die sich trotz die Ausstellung des Wiederaufbaus nennt, und zeitlich mit der Tagung unseres Verbandstages zusammenfällt, so daß die Delegierten auch hierdurch neue Eindrücke für ihre wirtschaftlichen Kenntnisse schöpfen können, immer vorausgesetzt, daß ihnen genügend freie Zeit bleibt.

So werden wohl alle Umstände dazu beitragen, daß den Delegierten zum Verbandstage die ertlichen Eindrücke noch lange in Erinnerung bleiben. Mögen sie mit dazu helfen, daß die Erörterungen auf dem Verbandstage von einem Geiste getragen sind, der für die weitere Entwicklung unserer Organisationen zum Segen sein möge im Interesse der ganzen Arbeiterchaft von Staat und Gemeinde.

5. Jahrg. Magdeburg



ist ein hervorragendes Muster eines Städtebildes. Die sozialistische Gemeindevertretung, an der Spitze demokratischer Oberbürgermeister, versucht jetzt, mit knappen Geldmitteln die größten Fehler einzeln auszuhalten. Unter Leitung des in Deutschland in der Welt schon betannten Bauinspektors und Architekten Prof. Dr. Lant bekommt das Städtebild schon ein ganz anderes Gepräge. Selbst rein äußerlich geht eine Revolution im Stadtbild der Stadt vor sich, indem das öde Grau der Stadt durch alle Spießergrämlichkeit bunten, lebhaften Farben überzogen wird, an dem die Delegierten, die nicht konservativ einzeln sind, mindestens ihre Freude haben, und neue Eindrücke sammeln können, mit nach Hause nehmen werden.

Ein besonderes Kapitel gebührt der Arbeiterbewegung in Magdeburg. Hier ist klassischer Boden der Arbeiterbewegung, in dem manche alte Kämpfer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung hat hier gewirkt oder vorübergehend sein Amt aufgeschlagen, bis ihn der Bannstrahl des preussischen Sozialrechts und der Polizei mit Hilfe des Sozialistengegesetzes zu einem anderen Zufluchtsort zu suchen. Im Jahre 1888 wurde Wilhelm Weiling, einer der Vorläufer des modernen Sozialismus, in Magdeburg geboren. Mit seinem Buche „Die Harmonie und Freiheit“ und anderen Schriften hat er viel dazu beigetragen, die Arbeiterchaft aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln. Zum ersten Male wurde der Wahlkreis Magdeburg 1884 von der Sozialdemokratie erobert und mit Kuratorenrechnungen dauernd gehalten. Das erklärt sich dadurch wohl selten die Klassengegensätze im Volke so scharf hervortreten wie in Magdeburg. Von Amtswegen wurde die Arbeiterchaft in Magdeburg von dem in ganz Deutschland berühmten Staatsanwalt Lessendorf und dem Reichstagsabgeordneten Reizler mit den gemeinsten Mitteln bekämpft. Der Stand auf dem Standpunkt: „Zerstören wir die sozialistische Organisation und es existiert keine sozialistische Partei.“ Im Jahre 1889 injizierte die Polizei einen Gewerkschaftsbesuch, der 1890 zur gerichtlichen Schließung sämtlicher Gewerkschaften führte, die sich zu einer Generalkommission zusammengeschlossen hatten, und erst im Jahre 1901 konnte das Gewerkschaftsorganisationsgesetz seine Tätigkeit aufnehmen. Die sozialistische Organisation der Arbeiter wurde überhaupt nicht gestört, so daß wohl der beispiellose Fall zu verzeichnen ist, daß die Arbeiter einer Großstadt von über 200 000 Einwohner, schon jahrelang das Reichstagsmandat erobert hatten, ihre Arbeiten in öffentlichen Versammlungen erledigen konnten. Erst am 14. Juni 1900 wurde der jetzt noch bestehende sozialdemokratische Verein gegründet.

Alle diese Feinden und Kämpfe ist in Magdeburg eine Arbeiterchaft herangebildet, die zielklar und klassenbewußt sich



Reichsektion 'Gesundheitswesen'.



Is ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft, hat sich der Weltkrieg auch für die Gesamtheit unserer Reichsektion ausgewirkt. Instinktiv fühlten die Massen, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl nach dem Kriegsende eine bittere Notwendigkeit war. Andernfalls hätten uns die Arbeitgeber im Lande einen zweiten Versailler Friedensvertrag diktiert. Wenn über die Abwendung dieser Gefahr hinaus wesentliche Erfolge auf dem Gebiete des gesamten Arbeitsrechts auch für unsere engere Kollegenschaft in der Reichsektion erzielt werden konnten, so war das zu buchen als eine Folgeerscheinung der ersten aller gewerkschaftlichen Voraussetzungen — der Solidarität!

Der Mißbrauch dieser brüderlichen Hilfe machte sich für unsere Reichsektion auf rein organisatorischen wie auch wirtschaftlichen und anderen Gebieten bemerkbar. War vor dem Kriege das Verhältnis der Reichsektion zum Gesamtverband wie 3000 zu 50 000 = 6 Proz., so waren nach dem Kriege die Zahlen 45 000 zu 300 000 = 15 Proz.

Der Druck gemeinsam organisatorischen Handelns auf Arbeitnehmerseite mußte indessen den Gegendruck erhöhter Kampftätigkeit durch den neugegründeten Arbeitgeberverband hervorrufen. Der Kampf gegen den Achtstundentag war das treibende Moment beim Zusammenschluß der Arbeitgeber. Wir standen in dem Kampf allein auf weiter Flur. Freilich ist noch ein erhebliches Maß von gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit zu leisten, damit die Kollegenschaft insgesamt erkennen lerne, daß der Achtstundentag als das Erstgeburtsrecht des klassenbewußten Arbeiters nicht um ein Censurgericht persönlicher Vorteile verkauft werden darf. Dann wird auch das Schlagwort von der sogenannten Arbeits- oder Dienstbereitschaft verschwinden. Die Arbeitgeber schreien wie früher auch beim Betriebsrätegesetz nach Ausnahmestimmungen.

Die Verwaltungen fast aller Krankenanstalten halten sich für die Beauftragten jener vorsinnlichen Anschauungen, daß die Ausgaben für Gesundheitswesen, Krankenfürsorge und -pflege in der Volkswirtschaft nur im Aufkostenkonto zu buchen sind. Das ist das treibende Moment, das alle maßgebenden Kreise bestimmt, sich den Forderungen unserer Reichsektion entgegenzusetzen. Wir wollen anerkennen, daß in dem einschlaggebenden preussischen Wohlfahrtsministerium sich heute mehr Verständnis als früher für unsere berechtigten Forderungen bemerkbar macht. Auch einzelne Städte und Staaten haben dem guten Beispiel nachgeeifert. Leider scheint es immer noch an dem guten Willen zu fehlen, eine reichsgesetzliche Regelung des Ausbildungs- und Prüfungswezens herbeizuführen. Alle Ansätze, die nun in der Ausbildungsfrage in den Filialen oder auch für die Länder in die Erscheinung treten, müssen sorgfältig gepflegt werden. Wir wollen durch unsere eifrige Mitarbeit beweisen, daß wir „Wilden“ doch bessere Menschen sind und daß uns die Fürsorge für die Kranken kein eitel Worgelbilde ist. Das beste Herz, das edelste Gemüt muß ohne sachgemäße Ausbildung in der Krankenpflege zum Schaden der überantworteten Kranken und der eigenen Person Schiffbruch leiden.

Wir erreichen unser Ziel nur, wenn wir als vollwertige Arbeitskräfte uns in unserer gewerkschaftlichen Organisation die Rechte auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet erobern und sichern, die den Arbeitnehmern in der Privatindustrie und auch in öffentlichen Betrieben zugesprochen werden mußten. Das gilt für alle, ob im Arbeiter-, Angestellten- oder Beamtenverhältnis stehend.

P. Schulz.

Staatsarbeiter und Beamte.

Zum erstenmal in der Geschichte unseres Verbandes erbat die Nürnberger Verbandsversammlung ein Referat über die Sektion Staatsarbeiter und Beamte. Wohl wurde schon auf unserem Nürnbergerversammlungsstag der neu erwachenden Staatsarbeiterbewegung Erwähnung getan, und die Zahl der schon damals in unseren vereinten Reihen war nicht gering. Aber zu jener Zeit waren die Verhältnisse in den Reihen der Reichs- und Staatsarbeiter noch sehr ungeklärt.

Werden die neu zu uns gekommenen Kampfgenossen auch treue Anhänger unserer Sache bleiben? Wird es möglich für sie halbwegs anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen? Diese und ein Duzend andere Fragen beherrschten die Gedanken unserer Delegierten. Beides war möglich, ist die Zahl der uns angeschlossenen Kollegen nicht so geworden, wie wir es alle wünschten. Neuherrliche Hindernisse haben uns daran, den Friedensvertrag und seine zitierten Auswirkungen zu zwingen Reich und Staat, sich schränken und Arbeitskräfte zu sparen. Dadurch hat weder unsere Reihen zeitweilig verstärkt und ein Stück gemeinsam mit uns marschieren konnte, keine Arbeitsplätze lassen, keine Organisationszugehörigkeit ändern müssen. — und das erfüllt uns mit besonderem Stolz — die, welche ihren Arbeitsplatz nicht zu wechseln brauchten, die treuen Anhänger unserer großen Sache geworden, welche sich einzufügen in das Organisationsganze ohne jede Substanzverluste und haben somit den Weg, der als einziger für uns übrigblieb, gefunden. Welch großes Interesse und Bedeutung die Gesamtkollegenschaft unserer Staatsarbeiterbewegung beimißt, geht am besten daraus hervor, daß 28 Delegierte aus den Reihen der Reichs- und Staatsarbeiter auf dem Nürnberger Verbandsstag anwesend sind, auch der Verbandsvorstand hat seinerseits getan, was nach den Verhältnissen überhaupt möglich war, um die Kollegen in der Organisation zu erhalten. Erste Voraussetzung dazu natürlich, die so sehr im argen liegenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Besserung entgegenzuführen. Allerdings Hilfe so notwendig, wie gerade in den Reihen unserer Reichs- und Staatsarbeiterkollegen. Bei objektiver Beurteilung ist es was einst war und was innerhalb der letzten Verbandsperiode in dieser Beziehung geworden ist, ergibt ein gewaltiges Fortschritt. Damit wollen wir natürlich nicht Ausdruck bringen, daß unsere Reichs- und Staatsarbeiter bei dieser Zeiten Not ein sorgloses Dasein führen. Im Gegenteil. Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß leider jede Lohnbewegung, und wenn ihr Ergebnis ein hohes wäre, eben nur ein Fiktion ist.

Was außerdem in sozialer Beziehung heute für unsere Reichs- und Staatsarbeiter tariflich verankert ist, sei nur kurz erwähnt. Alles in allem, aus kleinen Anfängen heraus sind wir groß, stark und mächtig geworden und sind gewillt Opfer scheinend, auf der betretenen Bahn weiterzugehen. Wir freuen uns in diesem Augenblick, einen neuen Kampfgenossen in unserer Beamtensektion begrüßen zu können. Auch diese Bewegung ist jung, gleich der der Reichs- und Staatsarbeiter ein Produkt der Revolution und deren politischer Wirkung. Aber schon haben über 6000 Kollegen und Kolleginnen im Beamtenverhältnis stehend den Weg zu uns gefunden, die sie können dessen versichert sein, daß auch ihre Interessen genau derselben Liebe zur Sache, mit der gleichen Begeisterung durch die Organisation vertreten werden wie die der Reichs- und Staatsarbeiter. Die Neugründung des „Allgemeinen Bundes der Staatsarbeiter“ hat uns die Vertretung ihrer Interessen in jeder Richtung hin bedeutend erleichtert.

Reichsektion



Reichsektion
 in jeder
 liebe in
 einem
 eines ein
 aber ob er
 der Allgem
 die Betri
 in werde
 den m
 und A
 jäh. Fü
 die Aufgab
 der Gen
 so der All
 schreien wi
 schreie der
 der Allgem
 anstellung a
 eines maß
 und W
 unanständ
 zu eben,
 gerichteten
 dieses Ziel
 Dinge ihr
 inanzuell
 schuldige
 möglich ist e
 schreie, die
 schreie der
 über um Be
 stam und im
 Betriebsräte
 stellungen in
 dieses de
 schreie ge
 schreie, son
 will davon hat.
 finanziellen
 über größter
 bedürfen
 der Bedenkw
 erhebliche
 Bedürfnis. I
 massifizierung
 Kapital ge
 der Entwickl
 gegenüberst
 stützungsgeb
 in ihren C
 Ertragengid
 schreie aus
 für Geme
 von ei



Die Betriebsräte.

Es berechtigt, wenn die Arbeiter einen gewissen Unterschied zwischen den Betriebsräten in Gemeinde- und Staatsbetrieben und solchen in privatrechtlichen Betrieben ausdrückt? Diese Frage ist unbedingt zu bejahen.

Von dem zu erstrebenden Ziel, daß Gemeinde- und Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen, sind wir gewiß noch weit entfernt. Trotzdem ist es aber schon

in jedem Arbeiter, soweit sein Interesse am Betriebe in Frage kommt, ein wesentlicher Unterschied, ob er in einem privatrechtlichen Unternehmen im Profitbetriebe oder in einem Gemeinde- oder Staatsbetriebe im Dienste der Allgemeinheit tätig ist. In viel höherem Maße muß die Betriebsverwaltung gelten! Hieran darf niemand zweifeln, weil die Verwaltungen und Betriebsräte in den meisten Fällen noch bürgerlich eingestellt und die Arbeitsbedingungen durchaus nicht zufriedenstellend sind. Für eine Besserung auf diesen Gebieten ist die Aufgabe unseres Verbandes und der sozialistischen Gewerkschaften der Gemeindeverwaltung, letzten Endes der Arbeitervereine der Allgemeinheit. Diese notwendigen Verbesserungen werden aber um so leichter sein, je mehr die Betriebsräte der Gemeinde- und Staatsbetriebe sich als im Dienste der Allgemeinheit stehend betrachten und von dieser Auffassung aus ihre Tätigkeit ausüben. Die Ausübung dieser Aufgabe muß darauf eingestellt sein, einer wirklich sozialen und Wirtschaftsoverfassung, einer Ausdehnung der kommunikativen sowie der Sozialisierung der Betriebe zu dienen, dagegen den auf Enkommunalisierung gerichteten Bestrebungen entgegenzuwirken.

Das Ziel zu erreichen, müssen unsere Betriebsräte auf diese Dinge ihr besonderes Augenmerk richten, nämlich auf die soziale, wirtschaftliche und wirtschaftlich-technische Seite der Betriebsführung und Verwaltung. Wichtig ist es in erster Linie die Aufgabe auch unserer Betriebsräte, die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter der Behörde gegenüber wahrzunehmen. Da es aber um Betriebe und Verwaltungen handelt, die im Dienste der Allgemeinheit stehen, haben unsere Betriebsräte darüber hinaus die besondere Pflicht, die Aufgaben in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen. Dieses darf natürlich nicht auf Kosten der Betriebsführung geschehen, sondern mit dem Ziel, daß nicht nur die Allgemeinheit, sondern mittelbar auch die Kollegenschaft einen Gewinn davon hat.

Die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden usw. sind unübersehbar größtenteils schwierig. Die Gemeinden leiden unter der wachsenden Schuldenlast aus der Kriegszeit und der sinkenden Geldwert während der Nachkriegszeit. Ihre Einnahmen sind erheblich gesunken, ihre Werke arbeiten zum Teil verlusthaft. Diese Verhältnisse haben vielfach zur Enkommunisierung städtischer Betriebe unter Beteiligung von Kapital geführt.

In der Entwicklung dürfen unsere Betriebsräte nicht gleichgültig gegenüberstehen. Soll nicht der Kommunisations- und Versorgungsgedanke in Gefahr geraten und die Kollegen in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie den sozialen Verhältnissen schweren Schäden leiden.

Die Frage aus allgemeinen Steuermitteln kommen im allgemeinen für Gemeindebetriebe nicht in Frage. Es kann daher die Frage von einer angemessenen Gestaltung der Tarife, nur

die Verbilligung der tatsächlichen Verwaltungskosten und eine Hebung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe in Frage kommen. Beides herbeizuführen, müssen sich auch unsere Betriebsräte dauernd angelegen sein lassen. Wir wissen, daß die Gemeindeverwaltungen trotz ihrer ständigen Klagen über die schlechte Finanzlage der Städte eine solche Mitwirkung der Betriebsräte durchaus nicht immer gern sehen. Obwohl ihnen eine solche Mitarbeit der Betriebsräte angenehm sein müßte, verschonen sie sich oft hinter dem Vorwand des Gesetzes, um wenigstens bei bestimmten Betrieben diese Mitarbeit abzulehnen. Wo es sein muß, müssen sich unsere Betriebsräte auch gegen den Willen der Stadtverwaltungen durchsetzen, auch mit Hilfe der den sozialistischen Parteien angehörenden Gemeindevertreter.

Es fehlt bereits jetzt nicht an Stimmen der Anerkennung seitens der Behörden über die wirtschaftliche Betätigung unserer Betriebsräte. Diese gilt es zum Wohl der Kollegenschaft und der Allgemeinheit zu mehren.

Nach § 66 Ziffer 2 BRG, gehört auch zu den Aufgaben der Betriebsräte, an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten. Der deutsche Verein von Gas- und Wasserfachmännern hat einen Sonderauschuß für „soziale“ und „wissenschaftliche“ Betriebsführung eingesetzt, dessen Aufgabe es sein soll, Mittel zur Verbilligung der Betriebsführung und Erhöhung der Arbeitsleistung ausfindig zu machen. Soweit dieser Ausschuß in dem von ihm kürzlich herausgegebenen Heft eine Verbesserung der Technik sowie eine zweckmäßige und einheitliche Organisation gleichartiger Betriebe vorschlägt, sollten unsere Betriebsräte diese Vorschläge unterstützen. Die Arbeiter haben zweifellos kein Interesse an einem schlecht organisierten Betrieb. Es wäre auch falsch, technische Verbesserungen der Betriebsrichtung deswegen nicht zu unterstützen, weil die maschinellen Einrichtungen den Arbeiter abstumfen. Gerade der technische Fortschritt hat die Einführung des Achtstundentages ermöglicht und dadurch den Arbeitern eine größere Erholungszeit verschafft. Er ermöglicht jetzt nicht nur seine Beibehaltung, sondern wird auch einmal zu einer noch weiteren Verkürzung der Arbeitszeit führen.

Soweit die Vorschläge des Sonderausschusses aber darauf abzielen, durch ständige, scharfe Kontrolle jedes einzelnen Arbeiters andauernd die Arbeitsleistung in die Höhe zu schrauben (Taylor-System), müssen diese Bestrebungen von unseren Betriebsräten entschieden abgewehrt werden. Die Einführung eines solchen Systems führt zu einem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft. Diese wird vorzeitig aufgezehrt, wodurch nicht nur die eigene Familie, sondern auch die Allgemeinheit schwer geschädigt wird.

Arbeiten unsere Betriebsräte in diesem Geiste, so schaffen sie damit die beste Vorarbeit für eine wirklich soziale Betriebsführung und die Vorbedingung für die Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsleitung.

Damit unsere Betriebsräte erfolgreich wirken können, müssen sie darauf hinwirken, daß die Verwaltung sie über den Stand der Betriebe unterrichtet. Eine Handhabe dazu bietet die im BRG vorgesehene Auskunftspflicht. Eine vierteljährliche Berichterstattung genügt aber nicht. Sie darf außerdem nicht auf Betriebe „mit wirtschaftlichen Zwecken“ beschränkt bleiben. Unsere Betriebsräte müssen sich ferner die Betriebsbilanz bzw. den Etat zur Einsicht vorlegen lassen. Handelt es sich um Betriebe mit einem Aufsichtsrat, müssen sie ihre erfahrensten Mitglieder in diese entsenden. Im übrigen müssen sie sich aber auch eine Vertretung in den Verwaltungsdeputationen und -kommissionen verschaffen. So werden unsere Betriebsräte einen Überblick über die gesamte Verwaltung gewinnen, der gerade sie zur Mitarbeit in wirtschaftlichen Fragen besonders befähigt.



Was uns die Zeitung lehrt.

Beträchtlich ist der Einfluß der Presse auf das öffentliche Leben. Die jeweils herrschende Meinung der Massen über politische und sonstige Tagesfragen wird fast ausschließlich von ihr erzeugt. Deshalb nannte man die Presse auch während des Krieges die siebente Großmacht. Die englischen Nordclassiker-Blätter haben damals ungeheuer viel dazu beigetragen, die Stimmung fast aller Völker der Welt gegen Deutschland einzunehmen und diese zu Verbündeten der Entente zu machen. Der Einfluß der Presse auf Geist und Gemüt des einzelnen wie der Masse kann politisch und moralisch vergiftend wirken. Der Heftton der Blätter vom Schlage des „Miesbacher Anzeigers“ und des Walleischen „Deutschen Tageblattes“ hat in seiner Auswirkung schließlich die politischen Affenstunde der letzten anderthalb Jahre erzeugt. Ebenso schlimm ist die sogenannte Revolverpresse, die in einer Weise über tatsächliche oder von ihr erfundene Skandale berichtet, daß ihre ständigen Leser sitzlich und moralisch verdorben werden.

Das ist aber nicht die Aufgabe der Presse. Sie soll vielmehr in jeder Beziehung erzieherisch im guten Sinne wirken. Abgesehen von dem Schlagens- und Ofternegerücht vorerwähnter Blätter kann das wohl von dem Gros der Tageszeitungen und Zeitschriften, wenn auch mit Einschränkungen, gesagt werden.

Den Wert der Presse für ihre Anhänger hat auch die moderne Arbeiterbewegung früh erkannt. Hier stehen die Aufgaben der Presse noch höher als im bürgerlichen Lager. Es gilt nicht nur die Leser der Arbeiterblätter über die politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Tagesfragen zu unterrichten, sondern diese müssen viel wieder gut machen, was die Schule an den Arbeitern gesündigt hat. Was wissen die Proletarier von der Schule der Staatsbürgerkunde, Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Rechtswissenschaft usw., vom Sozialismus gar nicht zu reden. Diese Wissenschaften muß heute der Arbeiter im demokratischen Staate (den wir als Vorstufe zum Sozialismus betrachten und in dem er mitberufen ist, die Geschicke seines Landes, des Reiches, seiner Kommune und der Volkswirtschaft, der sozialpolitischen Institute usw. zu lenken) viel mehr als früher besitzen. Als Träger des Umwandlungsprozesses vom Kapitalismus zum Sozialismus überhaupt bedarf der Arbeiter nicht bloß jener Wissenschaften, sondern er muß auch beruflich erköchlicht und zum Klassenkampf erzogen und gestählt werden. Durch das gesprochene Wort allein wird das aber nicht erreicht. Neben dem Buch fällt hier der Zeitung, insbesondere der Gewerkschaftszeitung, die Hauptaufgabe zu, zumal infolge des ungeheuren Papierpreises die Zahl der Abonnenten der sozialistischen Tagespresse dauernd sinkt. Da ist es nun verlockend, nachzuspüren, inwieweit unsere Verbandsorgane „Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätswarte“ diesen Anforderungen gerecht wurden. Aus der Fülle der Jahrgänge, die jedes alle mit unserem Verband mit Leib und Leben vermachene Mitglied gebunden aufbewahrt hat, greifen wir aus Geratewohl die beiden Bände von 1921 heraus. Bei Betrachtung der Fülle des Gebotenen an Hand des Sachregister und dabei denkend, daß sich das von Jahr zu Jahr fast in gleicher Weise häuft, findet man, daß Kollege Dittmer nicht so unrecht hatte, als er einmal scherzend äußerte: „Hätte ich all den Inhalt der „Gewerkschaft“ im Kopf, wäre ich der klügste Mann der Welt.“

Die vielen, fast könnte man sagen allzuvielen Artikel und Notizen über unsere Lohnbewegungen und in Verbindung damit die Berichte und Statistiken über unser Verbandsleben und das Existenzminimum geben ein Bild von dem gegenseitigen Ringen der Gewerkschaften mit dem international

bewußt und unbewußt verpöpten Kapitalismus um die Erfindung der Arbeiterklasse. Wie eine Fata morgana das zu erreichende Mindesteinkommen dauernd über die Köpfe der Arbeiter, das in dem Moment, wenn man es erreichen zu haben, wieder entwindet, weil die internationalistische Wirtschaft von heute immer neue neue Marktwertes und neue Preissteigerungen für die Bedürfnisse des Lebens herbeiführt. Neue, oft gewaltige Kämpfe werden unternommen, um an das Existenzminimum oder womöglich darüber hinauszukommen. Vergeblich. Abschluß der Lohnbewegung ist das Existenzminimum ausgegült und der Lohnkampf beginnt von neuem.

Die scheinbar trockenen Zahlen der Lohnbewegungen und der Statistiken über das notwendige Mindesteinkommen unserer Verbandszeitschriften regen zum Nachdenken an, ungeheuer das Elend der Arbeiter und insbesondere der Gewerkschaften wäre, wenn sie nicht die Schlagkraft der Gewerkschaften hätten. Damit ist auch der agitatorische Wert dieser Artikel gegeben. Die Statistiken und Berichte über das Leben in unserem Verbands und in Verbindung damit die Aufsätze über die gewerkschaftliche Organisationsfragen lehren aber auch die Kräfte ermessen, die bei diesen zur Verfügung stehen. Daraus ergibt sich die weitere zu untersuchen, wie, wo und in welcher Weise eine Stärkung des Verbandes vorgenommen werden muß.

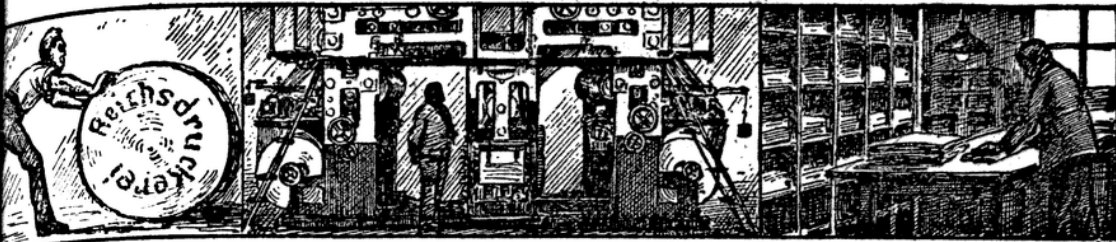
Eine Anzahl Artikel über Volkswirtschaft, politische und gewerkschaftliche Taktik lassen die Ursachen des Elends der Arbeiter erkennen, lehren ihnen den richtigen Zeitpunkt der richtigen Mittel ausfinden, um größere Aktionen durchzuführen. Sie erziehen letzten Endes den Arbeiter zum Klassenbewußtsein und zum Klassenkampf, die beide Bedingungen zur Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei sind. Hierher und zur weiteren Erziehung der Arbeiter zum Sozialismus gehören auch eine Anzahl Artikel und Notizen für die Betriebsräte, ferner Aufsätze über und unter dem Rundschaukasten usw. Nachrufe auf berühmte Arbeiter oder Artikel, die in Erinnerung an Wilhelm Beiling, Owen, Peter Arapoffin usw. geschrieben wurden.

Der beruflichen Erköchlichtung der Mitglieder des Verbandes widmet sich die „Gewerkschaft“ in einer Anzahl Notizen, ganz besonders aber die „Sanitätswarte“ durch Artikel und kleinere Abhandlungen. Ebenso kommen Sozialpolitik, wozu insbesondere die Artikel über Lohnmethoden gehören, die Naturwissenschaft und Geschichte, namentlich durch die Aufsätze von Johannes zu ihrem Recht.

Schließlich sei noch der zahlreichen Blumen in vielen Gedächtnisgedächtnis gedacht, die nicht nur zum Kampf sondern auch das schöngestaltigste Interesse wecken und die Bedeutung des Gemütslebens beitragen.

Die Notwendigkeit des internationalen Zusammenhanges der Arbeiterklasse ist heute nötiger denn je. In Ländern zeigt sich eine wachsende Reaktion. Die Dörrschäden des Hoffstundentag, die Beziehungen zwischen den reaktionären Elementen, z. B. Rußlands, Bayerns und Ungarns, daß hier internationale Solidarität herrscht. Daher muß der Gedanke der internationalen Arbeiterklasse mit Energie betrieben werden. Unsere „Gewerkschaft“ muß nach dieser Richtung gewirkt, wie die vielen Artikel und Notizen beweisen. Ganz besonders hat sie sich dabei auch der Forderung Rußlands angenommen.

Möchten doch „Gewerkschaft“ und „Sanitätswarte“ allen Verbandsmitgliedern so eifrig und mit Interesse werden, wie das jeder Redakteur von seinem Blatte und wie das von vielen Angehörigen unserer Organe erstreulicherweise gesagt werden kann.



Wie die Zeitung entsteht.

notwendig ist die gewerkschaftliche Zeitung. Darüber besteht wohl kein Zweifel. Sie ist nicht nur ein Bindeglied zwischen den Mitgliedern der Organisation, sondern auch Mittel und Waffe im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter. Eine solche Waffe gibt auch unser Verband seinen Mitgliedern allwöchentlich in die Hand und es wird gewiß allen Kolleginnen und Kollegen willkommen sein, einiges über den Weg der „Sanitätskarte“, zu erfahren.

Druckerei und Expedition sind die drei Hauptglieder, die sich das Werden und Entstehen der Zeitung aneignen. Diese drei Glieder sind wiederum zu einem Ganzen verbunden und würde eines der Glieder fehlen, so wäre die Zeitung arderer zwecklos. Die Redaktion gibt der Zeitung Inhalt und Inhalt. Sie „macht“ die Zeitung. Die tägliche Post, die Tageszeitungen, Zeitschriften und Bücher, Artikel und Berichte müssen gelesen, verarbeitet und zusammengestellt werden. Aus allen Ecken des Reiches kommen Sammlungsberichte, Mitteilungen über Lohnbewegungen, Beschlüsse aus Verhandlungen mit den Arbeitgebern und manches mehr. Alles das muß auf Inhalt, Allgemeininteresse und Zweckmäßigkeit geprüft werden. Seltener ist es so geschäftlich, daß es sofort verwandt werden kann. Hier steht von allen Mitarbeitern mit Unrecht so sehr gefürchtete Redaktionen des Redaktions und der Schere ein. Wohl erkennt man die Wichtigkeit eines Berichtes seine mehrere Bogen umfassende sein in den wenigen gedruckten Zeilen kaum wieder. Was nicht in der Zeitung steht, aber den nichtbeteiligten Kollegen, ob eine Verammlung im „Weißen Hof“ oder „Goldenen Kalb“ stattfinden hat und der Beginn um 7 Uhr oder 8 Uhr war, ist für die Mitglieder von Interesse sind. Wertvoller als die Berichte sind die Einnahmen und sonstige Erfolge eines Sommerfestes sind die Beschlüsse, die eine Mitgliederversammlung im Hinblick auf die Organisation faßt. Mitteilungen über Lohnverhandlungen, die die Widerstände des Gegners schildern, versehen ihren Zweck, wenn der Erfolg der Mühen nicht angegeben wird. Kommen abwegig aber sind Einfendungen rein privater Art, die ohne Erbarmen dem Papierkorb verfallen. Aber auch sollen Papierkorb, Roskist und Schere seines Mitglieds abhalten, an unserer Zeitung eifrig mitzuwirken. Die kürzesten Mitteilungen, einfach und schlicht die Tatsachen beschreibend, die unser Organisations- und Wirtschaftsleben betreffen, sind meist die besten und immer willkommen. Sie spiegeln sich Geist, Wille und Tatkraft unserer Kolleginnen. Schwieriger sind allerdings die größeren Artikel, die nur ein Beherrschender der Materie, sondern auch der Form des Gedankenausdrucks erfordern. Und weil es zumeist hier an Material mangelt, muß die Redaktion selbst zur Hilfe greifen. Manchmal muß in letzter Stunde ein wichtiges Ereignis im Arbeitskampf oder ein besonderes Ereignis im Wirtschaftsleben besprochen und kritisiert werden. Da heißt es entschlossen anpacken. Ist dann für die nächste Nummer der Zeitung alles vorbereitet und zusammengestellt, so werden die Manuskripte in die Druckerei.

Der wachen schon die Seher auf ihr „Jutter“. Buchstabe für Buchstabe, Zeile an Zeile, bis der Artikel vollständig ist. Dann wird auf losen Papierbogen ein Probeabdruck der sogenannten „Fahne“ oder Korrekturabzug, gemacht, der der Redaktion zurückgeht und auf etwaige Fehler nachgesehen werden muß. Ist das geschehen und der Fehler im Schriftsatz

der Druckerei geändert, dann wird das Ganze in Größe der Zeitungsspalte und richtiger Reihenfolge der Artikel und Notizen „umbrochen“ und Zeitungstopf wie Spaltenzahlen angefügt.

Unser Verbandsorgan wird im Rotationsverfahren gedruckt. Deshalb müssen von dem mit Hand oder Maschine aus einzelnen Drucktypen zusammengestellten Flachsah halbrunde Formen hergestellt werden, die sich auf die Druckwalze der Rotationsmaschine einlegen lassen. Sind die Druckformen hergerichtet und eingelegt, die großen Papierrollen eingehängt und die Maschine in allen ihren Teilen gut vorbereitet, dann beginnt der Druck und bald kommen die ersten Zeitungen in vollständig fertigem Zustand heraus.

Sobald das erste Hundert der Zeitung die große Rotationsmaschine verläßt, die jedes einzelne Exemplar nicht nur druckt, sondern auch beschneidet, salzt und zählt, muß für den Bestand derselben schon alles vorbereitet sein. Welcher Art diese Vorbereitungen sind, um allwöchentlich über 300 000 „Gewerkschaften“, 33 000 „Sanitätskarten“ und etwa 1000 „Korrespondenzblätter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ zu versenden, mag in kurzen Umrissen geschildert werden.

Täglich bringt auch hier die Post eine größere Zahl von Neumeldungen, Änderungen der Adressen und der zu sendenden Anzahl, Anforderungen und Wünsche an wen, wogin und wieviel Exemplare der Zeitungen geliefert werden sollen. Eine Kartothek, die zurzeit über 2800 Empfänger umfaßt, nimmt all diese Meldungen auf und registriert sie gewissenhaft. Nach dieser Kartothek werden allwöchentlich, je nach der Seitenzahl, etwa 6000 bis 7000 Adressenzettel, 650—700 Paketkarten und 400—450 Auftragszettel für die Sammelüberweisung ausgestellt. Kommen dann die fertigen Zeitungen von der Maschine heraus, so werden sie in der Packerei postfertig gemacht. Abgezählt, eingebunden, verschmürt und ausgewogen, werden sie mit dem entsprechenden Adressenzettel bepackt und zur Post gebracht, die sie dem Empfänger übermitteln soll.

Soweit als nur möglich wird und muß die Arbeit der Expedition sorgfältig und gewissenhaft verrichtet werden und manche Beschwerde der Empfänger mahnt zur noch größeren Genauigkeit. „Doch mit des Geschickes Mächten . . .“ kämpft schließlich auch die Expedition vergeblich. So manche nicht eingetroffene Sendung wird ihrem Schuldkonto zugeschrieben, manches verspätete Eintreffen oder gar Nichterscheinen der Zeitung (als Folge eines Buchdrucker- oder Verkehrsstreiks) wird ihr zur Last gelegt. Natürlich nie in böser Absicht. Mit Recht verlangt jedes Mitglied sein Verbandsorgan und dem wird gern Rechnung getragen. Doch eine ganze Reihe keineswegs unwesentlicher Momente sind in den meisten Fällen die Ursachen der Klagen. Unleserliche oder unvollständig angegebene Adressen der Empfänger, die auch durch die Expedition nicht richtiggestellt oder vervollständigt werden können, geben häufig der Post Veranlassung, die Sendungen zurückgehen zu lassen, ohne daß immer die Ursache davon erkannt wird. Auch der allzuoft eintretende Wechsel der Empfänger und die nicht rechtzeitige Meldung dieser Änderung bewirken Mängel der Zusendung. Dazu kommt und nicht zuletzt, daß auch die Post nicht ohne Fehl ist. Der allerkleinste menschlich begreifliche Irrtum eines Postbeamten kann schon zu unangenehmen Folgen führen. Wird dies alles berücksichtigt und ein jeder, der Zeitungen empfängt oder deren Zusendung veranlaßt, trägt nach besten Kräften auch hier sein Teil mit bei, um etwaige Mängel zu beseitigen, dann wird schließlich, wenn auch unausgesprochen, der Dank der Kollegenschaft nicht ausbleiben.

Wenn auf diesem, zum Teil recht gewundenen Wege die Zeitung in die Hände der Mitglieder gelangt ist und nun ihren Zweck erfüllt, das heißt gelesen und nicht unbeachtet zur Seite gelegt wird, dann ist das Hauptziel unseres Verbandsorgans erreicht und alle Arbeit nicht unnütz gewesen. M. Dulon.



Internationale Grüße.

Von unseren Internationalen Sekretär erhalten wir zum Verbandstag die folgenden Begrüßungsdekret:

Auf zum Kampf! Schon mehrere Male hatte ich das Vergnügen, Euren Verbandstagen beizuwohnen, aber noch nimmer habe ich einem dieser Verbandstage mit so großem Interesse entgegen gesehen, als dem, welchen Ihr in Magdeburg abhalten werdet.

Die schwierige Aufgabe, welche Euer Verband dabei zu erfüllen hat, kann nur dann gelöst werden, wenn die größte Einmütigkeit in Euren Reihen herrscht. Ich habe immer großes Vertrauen zu Eurem Verstande gehabt. Der Verlauf Eurer Versammlung in Nürnberg konnte selbst dieses Vertrauen nicht erschüttern. Ich kann darum auch nicht glauben, daß Euer Verband nicht imstande sein sollte, seine Aufgabe zu erfüllen. Im Gegenteil, ich hoffe einem Verbandstage beizuwohnen zu können, der ein solches Zeugnis von Einheit und Kraft ablegen wird, daß der Reaktion die Ueberzeugung beigebracht wird, sie wird sich an der deutschen Arbeiterbewegung die Zähne zerbrechen. Ich glaube fest, daß Euer Verbandstag eine Demonstration sein wird von Einheit, Kraft und Kampfeslust. Dieser Glaube ist um so fester, da wir täglich sehen, daß die Einheit zwischen unseren deutschen Kameraden im Wachsen ist.

Gesossen! Ich wünsche Euch hierdurch das Beste für Euren Verbandstag, und ich wiederhole die Worte: **Auf zum Kampf!** von Hinte.

Unsere belgischen Kollegen haben durch ihren Sekretär D'Ytzever einen längeren Brief in französischer Sprache an die Redaktion der „Gewerkschaft“ geschickt, dem wir mit Rücksicht auf die Mannverhältnisse nur die folgenden Stellen entnehmen wollen:

Der Ruf, der von den drei Internationalen im Laufe ihrer neu-entstandenen Vereinigung in Amsterdam ausgegangen ist, stimmt vollkommen mit den Auffassungen der organisierten Arbeiter der öffentlichen Betriebe überein. Der Kampf, den augenblicklich die deutsche Arbeiterchaft mit solchem Heftigkeit gegen die Reaktion und für die Aufrechterhaltung der Republik führt, ist nicht geringer zu achten, als die Aufmerksamkeit, mit der die belgischen Arbeiter den Bürgerkrieg fordern. Vor dem Kriege glaubten die Massen nicht an die Möglichkeit des Krieges; sie spotteten über die kämpfenden Sozialisten und Syndikalisten. Die Katastrophe ist eingetreten. Sie konnte von der sozialistischen Arbeiter-Internationale nicht vermieden werden, weil die Gleichgültigkeit der Masse ihr nicht die nötige Kraft gab. Und die Lehre war entsetzlich grausam; sie zwang die Gleichgültigen, die am wenigsten Marschierenden, mit diesem ungeheuren Fehler eins zu werden, den sie dadurch begangen hatten, indem sie der sozialistischen Arbeiterorganisation, die allein imstande gewesen wäre, den Krieg zu verhindern, ihre Hilfe verweigerten. Die Masse will dieses Schreckens-

bild nicht wieder erneut sehen; sie haßt den Krieg. Mit ungeheurer Kraft müssen wir den Augenblick herbeiführen, in dem die Arbeiterchaft der ganzen Welt endlich begreift, daß die Welt nicht wahrhaftig andere Dinge zu tun hat als sich gegenseitig zu plündern. Das wird der Sieg des Sozialismus sein, der nicht dem Haß zu tun hat; dieser Quell des Friedens und der Menschlichkeit und der Verwirklichung alles dessen, was menschlich möglich ist, sollten wir uns mit Leib und Seele anschließen.

Unsere deutschen Kollegen in Amerika, Bismann und Schneider, war seit vielen Jahren von uns entfernt, aber noch immer lebhaft geliebt, aber senden uns folgenden Gruß:

Heberd Neer senden dir die herzlichsten Grüße zum Verbandstag der Staats- und Gemeinbedarbeiter. Im Geiste sind wir mit den Kollegen und hoffen, daß die Verhandlungen des Verbandstages

Und wenn du arm geboren bist,

Und wenn du arm geboren bist, so mußt du frühnen,
Macht schaffen, bis du müd und matt,
Woran dein Herz nicht Anteil hat,
Und mag es noch so wunderbar in deiner Seele wohnen.

Dann stehst du wie der Heidebaum auf dürrer Grube;
Die senfts an Kraft, dir fehlt's an Licht,
Es windet sich das Wort Derycht
Um deine Lebensrube.

Drum wenn du arm geboren bist, dann mußt du streifen,
Wo Kraft der Kraft sich zugesellt,
Im Kampf der Arbeit um die Welt,
Und für ein besseres Recht den Weg bereiten.

Eddy Grohmann - Bismann.

Stärkung der wirtschaftlichen Lage unserer Kollegen beitragen mögen. So sehr der Deutsch-Amerikaner in dem Wirtschaftsel der Nationen gehen, so lieb er schließlich und zweite Heimat gewinnen mag, gänzlich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse für ihn sein mögen, es sind doch Momente, wo er trotz allem nach der alten Heimat schaut. Er trifft insbesondere für den wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeiter zu. Findet er sich schon in anständigen Leben hiezulande immer zurecht, so können ihm die hiesigen Gewerkschaften nicht geringe Anregung geben, wenn ihn nicht so zu Hause fühlen, wie in den heimatischen Arbeiterorganisationen der Fall ist. Da kommt

so oft das Sehnen nach der alten Heimat mit den vertrauten Sitzen und Gebräuchen, mit der lieben Muttersprache, mit den doch einem ideelleren Geiste getragenen Gewerkschaften, trotz der gewaltig herrschenden Zersplitterung auf politischem Gebiet. Zersplitterung haben wir auch, aber der tiefe ideale Gehalt uns. Und war und doch, als wir noch Kranzengesänger, Deutschland waren, gerade der Gemeinde- und Landesverband eine rechte Stütze, wo wir nicht nur Rücksicht fanden, wo wir vor allem im Kreise Gleichgesinnter immer und immer wieder neuen Mut schöpfen, das Herz einmal ordentlich richtig beschrende Vorträge hören und kollegialen Geist pflegen konnten. Ich weiß dies alles ist, wie dies erst eigentlich das rechte Leben ausmacht, das merkt man am besten dann, wenn man es im fremden Lande entdecken muß. Und so hoffen wir denn, daß der Verbandstag einen fruchtbringenden Verlauf nehmen, daß er Staats- und Gemeinbedarbeiter fester zusammenschließt, jedem einzeln den hohen Wert der Organisation vorzuführen möge. In diesem Sinne senden wir die herzlichsten Grüße einen guten Verlauf des Verbandstages.

Chicago Richard Fahrmann, Richard Jahnke



Streik in Ostpreußen

Seit längerer Zeit gestalteten sich die Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeberverband ostpreussischer Gemeinden und Kommunalverbände äußerst schwierig. Mehrmals mußten die tariflichen Forderungen angerechnet werden, da die Verhandlungsergebnisse häufig ungenügend waren. Hierdurch trat regelmäßig eine ganz betrübliche Verzögerung des Abschlusses einer Lohnbewegung ein. Die Verzögerung unserer Kollegen wurde immer größer. Alle Hinweise der Gauleitung dem Arbeitgeberverband gegenüber, daß eine Lohnpolitik früher oder später zu einer Katastrophe führen würde, wurden unbeachtet gelassen. Es kam die Verhandlung über die Erhöhung der Löhne ab 1. Juli, die am 3. Juli stattfand. Mit Rücksicht auf die in den letzten Wochen ganz ungeheuerlich gestiegene Forderung von 10 Mk. pro Stunde ab 1. Juli wurde eine Verhandlung bestritt der Arbeitgeberverband zu seiner Bereuerung der Lebenshaltung in den Monaten Mai und Juni, erklärte sich dann aber im Laufe der Verhandlung bereit, ein Angebot von 20 Proz. ab 1. Juli zu den Malilöhnen zu geben. Dieses Angebot entsprach nicht im entferntesten den Forderungen der Arbeiter sowie unserer Forderung, so daß wir dieses Angebot ablehnten und die Bezirkschiedsstelle anrufen mußten. Diese Schiedsstelle, welcher eine Erhöhung der Malilöhne um 10 Proz. vorlag. Der Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt und der Zentralausschuß in Berlin fällt am 28. Juli einen Schiedsspruch, der eine Erhöhung von 30 Proz. brachte.

Da ein Monat vergangen, die Preise waren weiter gestiegen, die Verhandlungen hatten kein auch nur einigermaßen günstiges Ergebnis gezeitigt. In diesem Zusammenhang wollen wir erwähnen, darauf hinzuweisen, daß die tariflichen Schiedsstellen, insbesondere der Zentralausschuß schnell arbeiten müssen, sonst wirken sie nicht, sondern wirken hemmend.

Der Spruch des Zentralausschusses berücksichtigte nicht an der tatsächlichen Teuerungsverhältnisse, so daß auch dieser Spruch als vollkommen ungenügend abgelehnt werden mußte. Hier waren alle Möglichkeiten erschöpft, und die Arbeiterschaft durch die Abstimmung, die 90 bis 93 Proz. für den Streik zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt war, zum Streik zu gehen. Eine Konferenz der unter den Tarifvertrag fallenden Arbeiter beschäftigte sich am 30. Juli eingehend mit der Angelegenheit und erklärte sich mit den Maßnahmen der Gauleitung abzuwenden, sich nochmals in einem Schreiben an den Arbeitgeberverband gewandt hatte mit der Frage, ob der Arbeitgeberverband bereit wäre, nochmals mit uns in Verhandlungen zu treten. Die Verhandlungen fanden dann am 31. Juli statt. Sie mußten jedoch ergebnislos abgebrochen werden, da der Führer des Arbeitgeberverbandes, Magistratsrat Bollmann, nachdem er versucht hatte, das Schreiben der Gauleitung auszuliegen, erklärte, daß wohl der Arbeitgeberverband bereit wäre, für den Monat August zu verhandeln, daß aber eine Erhöhung der Löhne für den Monat Juli keine Rede sein könne. Da der Arbeitgeberverband den Schiedsspruch des Zentralausschusses angenommen habe.

Am 1. August war auch der letzte Versuch der Gauleitung, auf friedliche Weise eine Verständigung zu gelangen, gescheitert. Am 1. August, um 10 Uhr, begann der Streik in den Städten Königsberg, Elbing, Allenstein, Marienburg. In Insterburg wurde die Streik bereits am 31. Juli, 10 Uhr abends, niedergelegt, nachdem dort bekannt geworden, daß auch der letzte Versuch zur Verständigung gescheitert war.

Der Einfluß der technischen Rottfäule wurde außer in Insterburg in befreundeten Städten dadurch vermieden, daß die Rottfäule von den streikenden Kollegen selbst ausgeführt wurden.

Bereits am ersten Streiktag kamen durch Vermittlung des Zentralausschusses Verhandlungen zustande, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Sie wurden am 2. August unter einem unparteiischen Vorsitzenden fortgesetzt. In später Nachtstunden wurde dann ein Ergebnis erzielt, das die Lohnkommission zur Annahme bereit war. Für den Erfolg unseres Kampfes wollen wir folgende Zahlen sprechen lassen:

Die Löhne betragen bis 30. Juni in der Ortsklasse I: in Gruppe 1 (verheiratete Handwerker) 14,80 Mk., Lohngruppe 2 (unverheiratete Angelernte) 13,60 Mk., Lohngruppe 3 (verheiratete Angelernte) 13,60 Mk., Lohngruppe 1 (unverheiratete Handwerker unter 24 Jahre) 13,60 Mk., Lohngruppe 2 (unverheiratete Angelernte

über 24 Jahre) 12,50 Mk., Lohngruppe 3 (unverheiratete Angelernte über 24 Jahre) 12,30 Mk., Lohngruppe 1 (unverheiratete unter 24 Jahren) 12,60 Mk., Lohngruppe 2 (unverheiratete Angelernte unter 24 Jahren) 11,80 Mk., Lohngruppe 3 (unverheiratete Angelernte unter 24 Jahren) 11,60 Mk., Lohngruppe 4 (Frauen) 8,30 Mk., Lohngruppe 5 (Jugendliche) 6,80 Mk., außerdem für jedes Kind unter 16 Jahren 40 Pf.; ab 1. Juli, durch Schiedsspruch des Zentralausschusses festgesetzt: Lohngruppe 1: 19,30 Mk., Lohngruppe 2: 18,— Mk., Lohngruppe 3: 17,70 Mk., Lohngruppe 1: 17,70 Mk., Lohngruppe 2: 16,30 Mk., Lohngruppe 3: 16,— Mk., Lohngruppe 1: 16,40 Mk., Lohngruppe 2: 15,40 Mk., Lohngruppe 3: 15,10 Mk., Lohngruppe 4: 10,80 Mk., Lohngruppe 5: 8,90 Mk., außerdem für jedes Kind unter 16 Jahren 60 Pf.

Als Streikergebnis verbuchen wir dagegen ab 18. Juli folgende Löhne: Lohngruppe 1: 25,50 Mk., Lohngruppe 2: 24,— Mk., Lohngruppe 3: 23,60 Mk., Lohngruppe 1: 23,60 Mk., Lohngruppe 2: 21,70 Mk., Lohngruppe 3: 21,50 Mk., Lohngruppe 1: 21,90 Mk., Lohngruppe 2: 20,50 Mk., Lohngruppe 3: 20,10 Mk., Lohngruppe 4: 14,40 Mk., Lohngruppe 5: 11,90 Mk., außerdem für jedes Kind unter 16 Jahren 80 Pf.

Ab 1. August erhalten alle Ortsklassen und Lohngruppen 1 Mk. Zulage, die Kinderzulage wird von 80 auf 90 Pf. erhöht. In den übrigen Ortsklassen sind die Löhne ungefähr in dem gleichen Verhältnis erhöht.

Borliegende Löhne haben nicht für den ganzen August Geltung, sondern der Arbeitgeberverband hat sich bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten, um für die zweite Hälfte des Monats August einen Ausgleich herbeizuführen.

Sind auch nicht alle unsere Wünsche reiflos erfüllt, so haben die ostpreussischen Gemeindeglieder doch gezeigt, daß sie willens und fähig sind, dank dem einheitlichen Zusammenschluß in unserer Organisation sich solche Löhne zu erkämpfen, die wenigstens annähernd den Verhältnissen entsprechen. Jetzt heißt es jedoch, nicht die Hände in den Schoß zu legen, denn angesichts der stetig steigenden Teuerung müssen wir gerüstet sein zu neuen und vielleicht schwereren Kämpfen. Die Arbeiterschaft wird diese Kämpfe führen mit größerer Geschlossenheit und Energie, wenn es gelingt, allen Parteigliedern beiseite zu stellen, und wenn sich jeder Kollege bemüht, die Einheitsfront des Proletariats zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Rundschau

Alwin Gerisch, der langjährige Hauptkassierer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist am 8. August in dem Berliner Vorort Baumshuldenweg, 65 Jahre alt, an den Folgen einer Operation gestorben. Gerisch, von Beruf Maschinenbauer, kam schon in jungen Jahren zum Sozialismus. Von Mitte der achtziger Jahre bis 1892 war er Rentant im Berliner Metallarbeiterverband. Als sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes die sozialdemokratische Partei neu organisieren konnte, wählte sie Alwin Gerisch auf dem Parteitag zu Halle zum Vorsitzenden der Partei, während Bebel Kassierer blieb. Zwei Jahre später vertauschten beide ihre Ämter. Als Reichsfinanzminister der Partei hat Gerisch dann bis zum Jahre 1912 ununterbrochen gewirkt. Den Wahlkreis Pflaumen vertrat er von 1894 bis 1898 und von 1903 bis 1906 im Reichstag. Sein nimmermüdes Wollen im Dienste der Partei hatte ihn aber frühzeitig invalid gemacht. 1912 schied er deshalb aus dem Parteivorstand aus und lehnte auch eine Kandidatur zum Reichstag ab. Trotzdem hat er der Treptower Gemeindeverwaltung noch lange angehört. Gerisch war aber nicht bloß Politiker und Finanzmann, sondern auch ein fleißiger Schriftsteller. Seine Romane „Erwedt“, „Der Gotteslästerer“, „Maria und Josef“, „Die Husterhütte“ usw., unter dem Pseudonym A. Ger erschienen, gehören zu der besten Arbeiterliteratur. Von seinen zahlreichen Novellen und sonstigen Erzählungen hat die sozialistische Tagespresse viel abgedruckt. Wenn man sich der hochverdienten Führer der Arbeiterschaft erinnert, wird man auch ehrenvoll Alwin Gerischs gedenken.

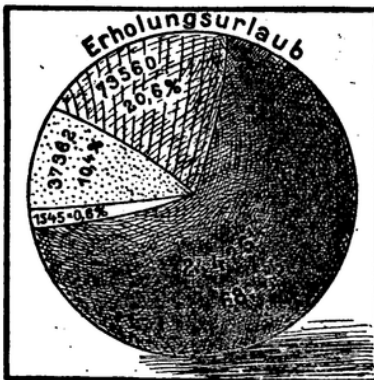
Briefkasten

Druck- und Umbruchfehler. Bei dem Antrag 150 der Filiale Barmen-Ebersfeld (veröffentlicht in Nr. 30 der „Gewerkschaft“) muß es statt 6 Wochen sechs Arbeitstage heißen. — Die Notiz Frankfurt a. M. in Nr. 82 Spalte 768 gehört nicht in die Rubrik Aus unserer Bewegung, sondern unter Landpraktiker.

In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter P. M. A. n. u. a. Verantwortlicher Redakteur G. Dillmer, beide Berlin SO, Wustmannstr. 2. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Geyer & Co., Berlin SW. 68, Untermythenstr. 3

Erholungsurlaub, Kranken- und Ruhe-lohn.

Schon vor dem Kriege war die Lohnpolitik unseres Verbandes auf den Soziallohn eingestellt. Diese Lohnpolitik ist im Programm aufgenommen und unbedeutend verfolgt worden. Der letzte Verbandstag in Nürnberg, September 1919, hat unsere bis dahin verfolgte Lohnpolitik noch besonders unterstrichen durch folgenden Beschluß: „Neben der Festsetzung der Arbeitslöhne ist beim Tarifabschluß die Beibehaltung resp. Neueinführung von Bestimmungen über Lohnzahlungen an Wochenfeiertagen, bei Arbeitsunterbrechungen und -verzögerungen, bei Urlaub und Krankheit sowie Alters- und Hinterbliebenenversorgung anzustreben.“



über dem R.M.T.
 entsprechend d. R.M.T.
 unter dem R.M.T.
 Angaben fehlen

drücken. Würden diese Einrichtungen heute beseitigt, so würden die Arbeiter, die um ihre willkürliche Jahrelang zu niedrigen Löhnen gearbeitet haben, schwer geschädigt.“

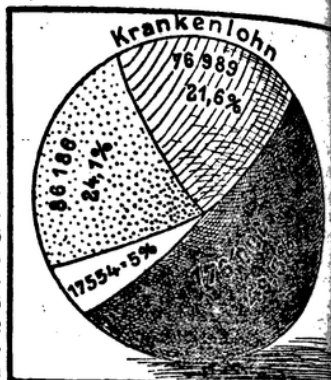
Die im zweiten Absatz des Beschlusses enthaltene Begründung unserer im ersten Absatz enthaltenen programmatischen Forderung ist heute ebenso zutreffend wie berechtigt und in unserer ganzen Tarif- wie Lohnpolitik nach wie vor lebendig.

In der Vorkriegszeit, im Jahre 1914 gewährten Erholungsurlaub 338 Kommunalverwaltungen bis zum Höchstjahre von 2 bis 14 Tagen nach 1 bis 20 Jahren. Krankenlohn gewährten 138 Verwaltungen bis zur Höchstleistung von 100 Prozent des Lohnes für die Dauer von 13 bzw. 26 Wochen zum ist nur an sog. ständige Arbeiter. Kurze Verzäumnisse bezahlten 160 Verwaltungen, die Wochenfeiertage 109. Ruhe-lohn bestand in 137 Verwaltungen, dazu kamen in 8 Verwaltungen 8 Pensionstafeln, die Hinterbliebenenversorgung gewährten 123 Verwaltungen. Alles in allem genommen, eine recht mäßige Verbreitung der sozialen Arbeiterfürsorge in den Kommunalverwaltungen.

Der tariflich vereinbarte Erholungsurlaub hat in der Zahl der Verwaltungen, der Beschäftigten als auch hinsichtlich seiner Dauer eine sehr wesentliche Erweiterung erfahren, wie aus der beigefügten graphischen Darstellung ersichtlich ist. Gleiches gilt vom Krankenlohn. 1914 waren es 138 Verwaltungen, am Jahreschluß 1921 dagegen 1297 Verwaltungen oder 9,5 mal soviel. Ebenso hat die Höhe wie Dauer des Krankenlohn eine wesentliche Erweiterung erfahren. Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung hatten im Jahre 1913 123 Gemeindeverwaltungen eingeführt, jetzt sind es insgesamt 981 Verwaltungen mit 227 211 Beschäftigten. Von den im Tarifvertragsverhältnis stehenden 934 Gemeindeverwaltungen gewähren Ruhe-lohn 828 Gemeindeverwaltungen = 88,6 Proj. Von den 195 Kreisverwaltungen gewähren Ruhe-lohn 112 = 57,4 Proj. Ruhe-lohn, ferner gewähren 25 Provinz-, 8 Staatsverwaltungen und 8 private Unternehmungen Ruhe-lohn. Gegenüber der Vorkriegszeit

ist eine starke Steigerung der Zahl der Verwaltungen, die Ruhe-lohn gewähren, zu verzeichnen. Erwähnenswert ist auch noch die verschiedenlich in Erscheinung getretene Erweiterung der Leistungen. Rund zwei Drittel der Beschäftigten unseres Tarifgebietes haben Anspruch auf Ruhe-lohn wie Hinterbliebenenversorgung. Das fehlende Drittel verteilt sich auf 106 Ge-

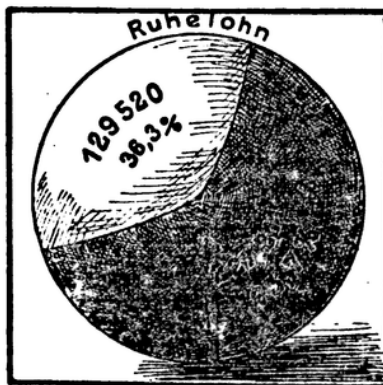
meindverwaltungen mit 25 658 Beschäftigten, 83 Kreisverwaltungen mit 4578 Beschäftigten, 15 Provinzverwaltungen mit 1936 Beschäftigten, 51 Staatsverwaltungen mit 34 636 Beschäftigten, 5 Kreisverwaltungen mit 50516 Beschäftigten, 145 privaten Unternehmungen mit 12 196 Beschäftigten. Die Staats- wie Kreisverwaltungen stellen das Hauptkontingent der Fehlenden mit 24 Proj. der Beschäftigten. Hier gilt es nachzuholen, was an anderen



über dem R.M.T.
 entsprechend d. R.M.T.
 unter dem R.M.T.
 Angaben fehlen

Stellen, namentlich in den Gemeindeverwaltungen fast allgemein üblich geworden. Faßt man das Resultat unserer statistischen Darstellung zusammen, so kommen wir zu folgendem Ergebnis: Auf der einen Seite sind die sozialen Fürsorge- und Wohlfahrts-einrichtungen der Gemeinden seinerzeit aus Gründen kommunaler Sozialpolitik eingerichtet worden, andererseits aber — und das in weit stärkerem Maße — aus rein rechnerischen Gründen, um sich für relativ niedrigen Lohn einen festen Arbeiterstamm heranzuziehen.

Erst in den Zeiten seit der Revolution gelang es unseren Verbände, diese Einrichtungen als feste rechtliche und tariflich bindende Bestimmungen durchzusetzen. Die Richtlinien von 1919 sowie der erste Reichsmittelwertvertrag von 1920 bilden nunmehr das tarifgesetzliche Fundament, auf dem weiterarbeiten müssen. Allerdings verfuhr in neuerer Zeit der Arbeitgeberverband deutscher Kommunalverbände (wie es insbesondere bei den Arbeitgebervereinigungen des Zentralverbandes zum Ausdruck kommt) die sozialen Einrichtungen wieder beim Lohn anzusetzen in Form eines zehn- bis fünfzigprozentigen Abschlags. Gegen diese Auffassung müssen wir uns unter allen Umständen wenden. Es ist unbedingt daran festzuhalten, daß die sozialen Leistungen nicht beim Lohn angesetzt werden. Spürt man nämlich den Begründungen dieser Anrechnung nach, sind sie meist wenig schlüssig. So wird z. B. gerade beim Sommerlohn die Arbeit von den übrigen Kollegen des Betriebes mitverrichtet, so daß in Gemeinde- und Staatsbetrieben sehr kleine



erhalten Ruhe-lohn
 erhalten keinen Ruhe-lohn

besondere Ausgaben dafür entstehen. Bei der jetzigen Situation der Arbeiterschaft in den städtischen Betrieben, die infolge der geringen Lohnhöhe erklärlich wird, ist auch die Anwartschaft auf Ruhe-lohn erheblich seltener, und selbst beim Sommerlohn ist die finanzielle Auswirkung nicht mehr so groß, als bei vor einigen Monaten noch der Fall war. — Hinzu kommt endlich, daß auch die Privatindustrie vielfach ähnliche soziale Leistungen eingeführt hat.

I. Sommerlohn